Nr. 169 — Jahrgang 18 Einzelnummer 0,20 Zl. Dienstag, den 26. Juli 1932

Volkswille

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0,80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Geschäftsstelle der „Volksstimme" Bielsko, Republikanska Nr. 41. — Telefon Nr. 1294

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 31. 7. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 2097

Einigung zwischen Moskau und Warschau

Ein persönlicher Erfolg Litwinows — Die Ratifikation des polnisch-russischen Nichtangriffs-Paktes erst nach Einigung mit Rumänien — Auf dem Wege zur weiteren Verständigung

Moskau. Wie gemeldet wird, ist dem Außenkommissar zunächst nichtamtlich mitgeteilt worden, die polnische Regirung sei bereit, den russisch-polnischen Nichtangriffsvertrag, der am 26. Januar in Moskau zwischen Außenkommissar Litwinow und dem polnischen Gesandten Dr. Patek paraphiert wurde, jetzt zu ratifizieren, ohne daß die russisch-rumänischen Verhältnisse geklärt sind. Die Formalitäten der Ratifizierung werden in einer Besprechung zwischen Krestinski und Patek geregelt werden.

Die Bereitwilligkeit Polens, den Vertrag ohne Klärung der rumänischen Frage zu ratifizieren, wird als ein großer persönlicher Erfolg der Politik Litwinows bezeichnet.

Entgegen den in der Presse aufgetauchten Gerüchten, wonach der Nichtangriffsvertrag zwischen Polen und Sowjetrußland schon am Sonnabend in Warschau unterzeichnet werden sollte, wird von der halbamtlichen Iskra-Agentur erklärt, daß die Unterzeichnung des Vertrages voraussichtlich am Montag oder Dienstag in Moskau durch den polnischen Gesandten Patek und den sowjetrussischen stellvertretenden Außenkommissar Krestinski erfolgen werde. Ferner heißt es, daß das im Artikel 5 des Vertrages vorgesehene Zusatzprotokoll noch nicht endgültig fertiggestellt sei, daß die Verhandlungen aber ohne Schwierigkeiten fortgesetzt würden.

Dieses Zusatzprotokoll werde voraussichtlich erst nach der Unterzeichnung des Vertrages abgesandt und gleichzeitig mit demselben zur Ratifizierung vorgelegt werden. Der Text des Nichtangriffsvertrages sei inhaltlich mit dem bereits am 25. Januar d. Js. paraphierten Vertragsentwurf identisch. Es dürften allerdings, wie von zuverlässiger Seite verlautet, einige redaktionelle Aenderungen vorgenommen worden sein. Wie gleichzeitig verlautet, soll von polnischer Seite vermutlich noch der Vorbehalt gemacht werden, daß die Ratifizierung dieses Vertrages erst nach Unterzeichnung eines ähnlichen Abkommens zwischen Rumänien und Sowjetrußland erfolgen wird.



Polizeioberst Heimannsberg

Der frühere Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, Polizeioberst Heimannsberg, wurde erneut infolge einer grundlosen Denunziation verhaftet, aber wieder in Freiheit gesetzt.

Otto Braun an den Reichskanzler

Gegen die unrechtmäßige Amtsenthebung — Gleiches Recht im Rundfunk

Berlin. In den Berliner Sonntagsblättern wird ein neues Schreiben des Ministerpräsidenten Braun an Reichskanzler von Papen veröffentlicht, in dem es u. a. heißt:

Aus Ihrem Schreiben vom 21. d. Mts. entnehme ich, daß Sie die Berechtigung zu meiner Enthebung vom Amte des preußischen Ministerpräsidenten aus § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten herleiten, die wiederum auf Artikel 48 Absatz 1 und 2 der Reichsverfassung gestützt wird. Inwieweit der Reichspräsident berechtigt ist, Bestimmungen zur Reichsverfassung im Verordnungswege außer Kraft zu setzen, ist im Absatz 2 des Artikels 48 fest umschrieben.

Dazu gehören nicht die Bestimmungen, die die staatliche Selbständigkeit der Länder und das Recht ihrer Volksvertretungen, ihre Regierungen zu bestimmen, gewährleisten.

Durch meine Amtsenthebung ist daher die Reichsverfassung, wie die Verfassung des Landes Preußen verletzt.

Ich muß daher gegen diese Maßnahme, wie auch gegen die militärische Besetzung meines Dienstgebäudes zur Verhinderung meiner Amtstätigkeit Verwahrung einlegen und mir alle Rechte vorbehalten.

Braun wendet sich dann dagegen, daß der Reichskanzler die Amtsenthebung des Regierungschefs des größten deutschen Landes durch den Rundfunk begründet habe und fordert,

auch ihm Gelegenheit zu geben, im Rundfunk zu gleicher Tageszeit vor dem gleichen Forum Stellung zu nehmen.

Schlacht bei Sao Paulo

Widersprechende Siegesnachrichten.

Buenos Aires. Meldungen aus Rio de Janeiro zufolge, ist in der Nähe von Sao Paulo eine erbitterte Schlacht zwischen Aufständischen und Regierungstruppen im Gange. Die Aufständischen behaupten, die Regierungstruppen geschlagen und ihren Oberbefehlshaber, General Tavora, gefangen genommen zu haben. Diese Meldungen werden von Regierungsseite auf das entschiedenste dementiert. Regierungsflugzeuge haben den italienischen Dampfer „Capacita" verhindert, 25 000 Gallonen russisches Petroleum zu landen.

In Rio de Janeiro wurden von den Studenten große regierungsfeindliche Kundgebungen veranstaltet, wobei der Rücktritt des Präsidenten verlangt wurde.

Ruhiger Sonntag in Berlin

Auch im Reich keine ernsten Zwischenfälle.

Berlin. Obwohl die Wahlpropaganda am Sonntag in Berlin sehr rege war und insbesondere von Zettelverteilern eine eifrige Tätigkeit entfaltet wurde, ist der Tag, soweit bisher bekannt ist, ruhig verlaufen. Nur in der Lützowstraße kam es Sonntag morgen zu einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und zentumsparteilichen Zettelverteilern. Die Polizei, die sofort eingriff, nahm vier Nationalsozialisten und einen Zentrumsangehörigen fest. Außerdem wurden in der letzten Nacht im Nordosten zwei Litfaßsäulen in Brand gesteckt. Die Täter konnten entkommen.

Auch aus dem Reiche liegen bisher, abgesehen von den Zwischenfällen in Leiferde bei Wolfenbüttel und in Neumünster, Meldungen über ernsthafte Zusammenstöße nicht vor, so daß trotz des gesteigerten Wahlkampfes endlich ein Sonntag ohne die üblichen Todesopfer verzeichnet werden kann.

Politische Schlägerei

Vier Schwer-, acht Leichtverletzte.

Wolfenbüttel. Im benachbarten Leiferde entstand eine Schlägerei zwischen Anhängern der Eisernen Front und Nationalsozialisten, an der sich Mitglieder der Eisernen Front und 50 bis 60 Nationalsozialisten beteiligten. Im Verlauf des Zusammenstoßes fielen mehrere Schüsse. Das Ueberfallkommando aus Braunschweig durchsuchte die an den Schlägereien Beteiligten nach Waffen, jedoch ohne Erfolg. Ein Lastkraftwagen mit Reichsbannerleuten aus Braunschweig wurde von der Polizei vor dem Ort Leiferde abgefangen und über Klein-Stöckheim wieder zurückgeleitet. Im hiesigen Krankenhaus wurden zwei schwerverletzte Mitglieder der Eisernen Front und zwei schwerverletzte Nationalsozialisten eingeliefert, die vorläufig noch nicht vernehmungsfähig sind. Leicht verletzt wurden insgesamt acht Personen.

Finale?

Abgesehen von den programmäßigen Zusammenstößen, die sich infolge des heftigen Wahlkampfes im Reich am Sonntag ereignet haben, scheint die neue Woche im Zeichen einer Beruhigung der erhitzten Atmosphäre zu beginnen. In Genf ist man unter Vergewaltigung der eigenen Beschlüsse doch zu der Ueberzeugung gekommen, daß in der augenblicklichen weltpolitischen Spannung doch nichts bezüglich der Abrüstung getan werden kann, die Alliance, die man in Lausanne gegen Amerika begonnen hat, ist jetzt glücklich mit Amerika gebunden und hat zunächst zur Vertagung der Abrüstungskonferenz beigetragen, die erst wieder Ende September zu tagen beginnen wird. Aber schon jetzt werden Stimmen laut, die voraussagen, daß schon die „Vertagungsresolution" nichts anderes, als ein Begräbnis erster Klasse ist, denn Frankreich besteht auf seinen Sicherheitsthesen, Amerika auf der Forderung nach Abrüstung durch Europa, Deutschland auf Gleichberechtigung in der Aufrüstung und England als der gute Berater, der gern auf Kosten der anderen seine Rüstungen erhalten möchte. Bei solchen Programmen zur Abrüstung, kann man sich vorstellen, daß dabei nichts Praktisches herauskam, als ein Papierfetzen, den man „Vertagungsbeschluß" nennt und in schönen Worten zu verdecken versucht, daß man nach mehrmonatigem „Gerede" zu keiner Verständigung gekommen ist, sondern erst Ende September mit dem alten Abrüstungsschmus beginnen will, weil man die eigenen Hegemonieabsichten und die Rüstungsvorherrschaft nicht aufgeben will. Wenn die Konferenz bisher, nicht ohne Krach, völlig zusammenbrach, so nur dank des vorsichtigen Lavierens ihres Präsidenten Henderson, der noch immer hofft, wenigstens ein Teilergebnis zu erreichen, was, nach unserer Meinung bei der gegenwärtigen Konstellation ausgeschlossen ist. Eines steht fest, daß Deutschland, wenn ihm die Gleichberechtigung nicht zugestanden wird, im September an den Weiterberatungen nicht mehr teilnehmen wird und dadurch die ganze Konferenz wertlos ist, zumal auch jetzt Italien eine Resistenz an den Tag legt, wodurch wiederum nur das Dreigestirn, England, Amerika und Frankreich, die Beschlüsse der Abrüstungskonferenz entscheidet.

Noch einmal wurde in Genf der Faschismus und sein „Recht" bloßgestellt und das auf der Tagung der „Interparlamentarischen Union", als ein italienischer Professor zu sehr das „Andenken" des Faschismus hervorhob und er von den französischen Sozialisten daraufhin unterbrochen wurde, daß die Mörder Matteottis das allergeringste Anrecht besitzen, sich als „Hüter des Rechts" vor der Welt zu produzieren. Da die Beleidigung, die dadurch angeblich den Italienern zugefügt worden sei, seitens der französischen Sozialisten nicht zurückgezogen worden ist, haben die Italiener sich von der Konferenz zurückgezogen, es bleibt also dabei, daß die Mörder Matteottis, vor aller Welt mit Mussolini als ihren Führer bloßgestellt werden. Gerade in dieser Stunde, wo der deutsche Faschismus vor den Toren der Staatsmacht steht, ist es notwendig, auch darauf zu verweisen, daß Deutschland in Genf gerade wegen der Gleichberechtigungsformel die größten Schwierigkeiten erlebt, weil der deutsche Faschismus und seine Schützer in der heutigen Reichsregierung vor aller Welt als die Friedensstörer Europas angesehen werden. Die deutsche Arbeiterklasse hat weniger Interesse an der Gleichberechtigungsformel, als daran, daß mit der Abrüstung überall begonnen wird. Der deutsche Nationalismus, der Deutschland im Ausland als eine „Kriegsnation" ohne Einsicht hinstellt, hat es verschuldet, daß man Deutschland immer noch die Gleichberechtigung versagt, das muß in aller Ruhe festgestellt werden, daß nichts Deutschlands Ansehen mehr schadet, als sein Weg ins „Dritte Reich", d. h. mit faschistischer Gewalt gegen die Mehrheit des deutschen Volkes und seiner friedliebenden Arbeiterklasse. Wenn Deutschland seit dem Zusammenbruch seine Einheit sichern konnte, so doch nur mit Hilfe der Demokratie, deren Grundpfeiler die deutsche Arbeiterklasse ist.

Es scheint, daß man auch im Reich in der letzten Wahlwoche alles auf eine Beruhigung einstellt. In Stuttgart hat der Reichskanzler den Ländervertretern zugesichert, daß der Ausnahmezustand im Reich noch vor den Wahlen aufgehoben wird, daß die Wahlen sich ordnungsgemäß abwickeln werden, daß Preußen nur vorübergehend kommissarisch verwaltet wird, daß man an der föderalistischen Gestaltung des Reichs festhält und wahrscheinlich auch dadurch auf die

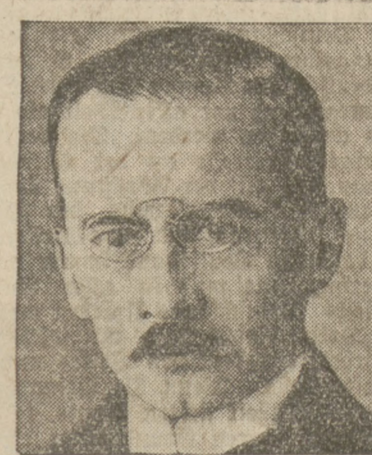
Entscheidung vor dem Staatsgerichtshof Eindruck gewinnen will. Es braucht nach den ersten Verhandlungen in Leipzig vor dem Staatsgerichtshof kaum daran gezweifelt zu werden, daß die einstweilige Verfügung auf Beseitigung des Reichskommissars in Preußen, gestellt von der abgesetzten Preußenregierung, abgelehnt wird. Aber eines bleibt vor der Geschichte fest, daß die ganze Aktion in Preußen nur durchgeführt wurde, um den sozialdemokratischen Einfluß zu beseitigen, aus Furcht, daß die Wahlen der Arbeiterklasse Vorteile bringen könnten. Nun, die Aktion hat der Arbeiterklasse die Augen geöffnet, daß sich die Papenregierung ausschließlich gegen den Sozialismus richtet, aber auch schon alle Anzeichen dafür vorhanden sind, daß auch Hitler und seine Getreuen, um ihren „Erfolg“ gebracht werden sollen, man will sie nur zur „Verantwortung“ zulassen, wenn sie gehorsam den Befehlen von Schleichers und seiner Clique folgen, dann will man ihnen sogar einen Teil ihres Programms auf Staatskapitalismus und Staatssozialismus zugestehen, soweit dies dem Rahmen des Reichswehrministeriums paßt, und wenn sie nicht wollen, nun, dann wird man auch den „Trommler des Dritten Reichs“ beiseite stellen. Aber auf der Reichsregierung bleibt die Verantwortung hängen, daß sie willkürlich die kommunistischen Aktionen mißbraucht habe, um in Preußen die Sozialdemokratie von der Macht zu beseitigen, das ist die ganze Absicht gewesen. Man hat einzelne hohe preußische Beamte, ohne sie bisher zu nennen, beschuldigt, daß sie mit den Kommunisten paktieren und ihre Terrorakte tolerieren, ohne den Schatten eines Beweises! Wenn die Reichsregierung dafür nicht jetzt oder später den Nachweis erbringt, so muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß sie sich unwahrhaftiger Mittel gegen die Sozialdemokratie und ihre Vertretungen bedient hat. Darüber wird nach den Reichstagswahlen noch sehr deutlich zu sprechen sein. Man kann heute schon über die Entscheidung des Staatsgerichtshofes zur Tagesordnung übergehen, so wie die Dinge liegen, wird das Urteil so ausfallen, wie es im Bereich der heutigen Machthaber in Deutschland erforderlich ist, also gegen Preußen und damit gegen Sozialdemokratie und Zentrum, damit gegen die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse und die Träger der Demokratie.

Im Lager der Nationalisten ist inzwischen eine Ernüchterung eingetreten. Man gibt sich schon jetzt Rechenschaft darüber ab, daß Hitler mit seinen Trommlern nicht mehr die ganze Macht erreichen wird. Schon signalisiert man Attentate auf Hitler, um den letzten „Ruhm“ des „Führers“ mit einer „Märtyrerkrone“ zu zieren, weil die Gefolgschaft sich zerstreut, weil man nicht mit Mord und Terror ins „Dritte Reich“ Einzug halten will. Am Beginn der letzten Woche hat man schon einen vorläufigen Wahlausgang berechnet und dem Trommler ins Dritte Reich ganze 200 bis 213 Mandate gegeben, von 550 Mandaten, die wahrscheinlich der neue Reichstag haben wird, statt der 577, wie bisher. Selbst, wenn die Deutschnationalen etwa 35 Mandate bringen, was sehr unwahrscheinlich ist, so hat Hitler nicht die erforderliche Mehrheit, um regieren zu können. Man gönnt den Sozialdemokraten, die doch völlig verschwinden sollten, immerhin noch 130 Mandate und den Kommunisten, trotzdem sie verboten werden sollten und als Marxisten, gleich den Sozialdemokraten, zu verdammen sind, auch noch 70 Mandate und dem Zentrum will man mit der Bayrischen Volkspartei auch noch 92 Mandate geben, so daß die Mehrheit im neuen Reichstag fehlen wird, und die Propheten des neuen Kurses deklarieren also, dann bleibt die Papenherrschaft weiter! Fein ausgeklügelt, wenn nicht die parlamentarische Regel zunächst lauten würde: da die Regierung keine Mehrheit im Reichstag hat, muß sie abtreten! Das ist der Weg, den die Demokraten gehen werden, und die Schlüsselstellung fällt diesmal den Kommunisten und keiner anderen Partei zu, daran wird auch Schleicher und Papen nichts ändern können, wenn sie wirklich die Verfassung achten und den Bürgerkrieg vermeiden wollen.

Gewiß, das Finale dieses Kampfes ist noch nicht abzusehen, aber man wird aus den Erklärungen des Reichskanzlers in Stuttgart doch feststellen können, daß man ein wenig, von den eigenen „Erfolgen“ der starken Hand, beängstigt ist und beruhigend wirken will, weil man auf dem Boden des Gesetzes, der Verfassung, bleiben muß, weil sich die schönen Illusionen, daß die Sozialdemokratie durch die Provokationen der Kommunisten, das Gesetz des Handels an die Regierung abgeben muß. Der Endkampf kann mit umso größerer Ruhe abgewartet werden, der Sieg fällt der Demokratie zu, alle Kraftmeierei kann die Hilflosigkeit des neuen Kurses nicht verdecken. —ll.

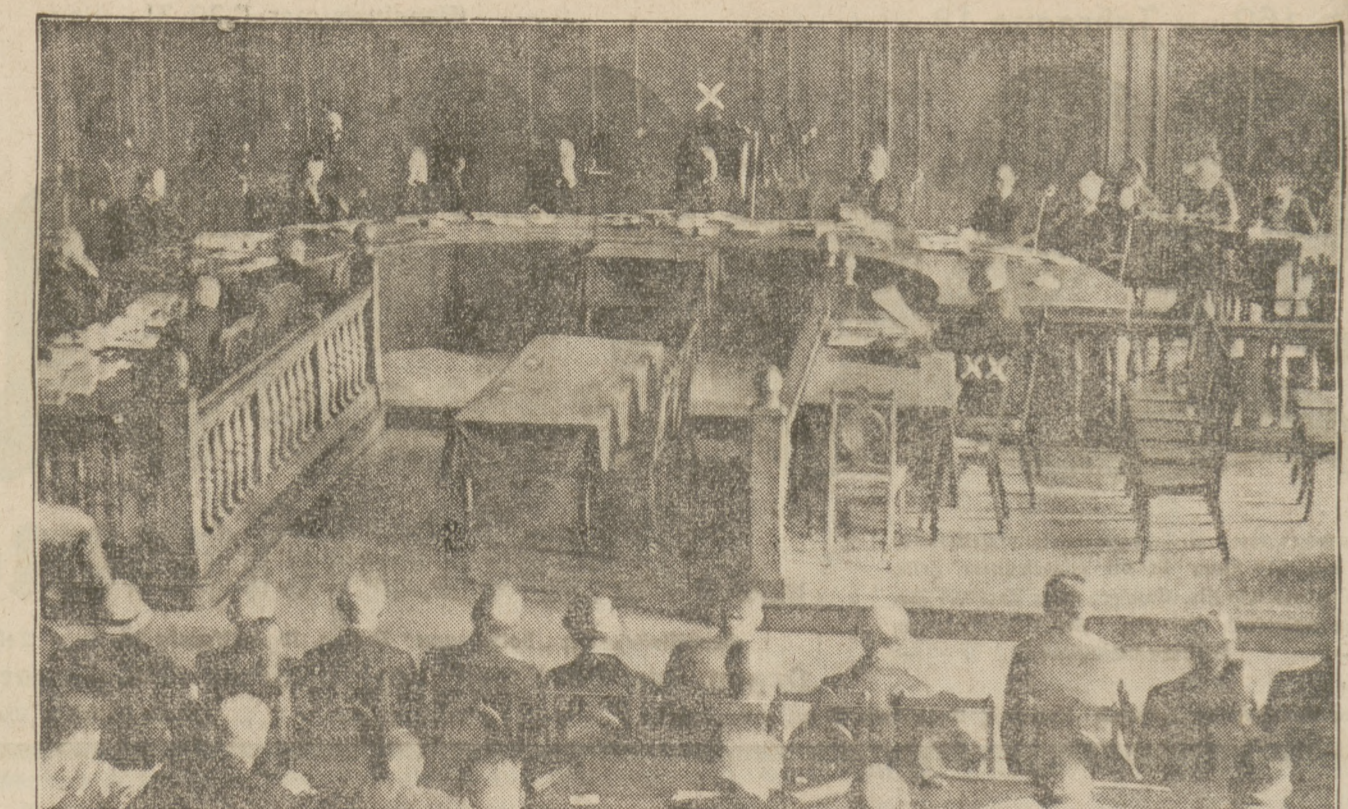
Grzesinski durch Immunität geschützt

Berlin. In der Frage, ob Grzesinski durch Immunität geschützt ist, hat die Staatsanwaltschaft sich nunmehr auf den Standpunkt gestellt, daß eine Immunität Grzesinskis tatsächlich vorliegt, da die Festnahme lediglich erfolgte, um zu verhüten, daß Grzesinski weitere Amtshandlungen vornehmen konnte. Es ist deshalb notwendig, daß vor Einleitung des Ermittelungsverfahrens erst durch den preußischen Landtag die Immunität Grzesinskis aufgehoben wird.



Der Entdecker des Herzhormons gestorben

Professor Haberlandt, der bedeutende Innsbrucker Physiologe und Hormonforscher, dem außerordentlich wichtige Entdeckungen auf dem Gebiet der Herz- und Hirnfunktion gelangen, starb an einem Schlaganfall im Alter von 47 Jahren.



Der Kampf vor dem Staatsgerichtshof

Uebersichtsbild von der Verhandlung des Staatsgerichtshofs am Sonnabend in Leipzig; am Richtertisch in der Mitte: der Vorsitzende, Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke (×); rechts vorn: der Vertreter des Reichs, Ministerialdirektor Gottheiner (××); am Tisch links: die preußischen Vertreter. — Vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig begann am Sonnabend die Verhandlung über den Antrag der ehemaligen preußischen Regierung, im Wege der einstweiligen Verfügung anzuordnen, daß sich der auf Grund der Notverordnung vom 20. Juli eingesetzte Reichskommissar für Preußen bis zur Entscheidung über die Verfassungsmäßigkeit der Einsetzung jeder Dienstausübung zu enthalten habe.

Staatsgerichtsentscheidung am Montag

Preußen gegen die Reichsregierung

Leipzig. Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke hat Termin zur **Verkündung der Entscheidung** des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich in Sachen der früheren preußischen Regierung gegen das Reich wegen Einsetzung eines Reichskommissars mit dem Ziel des Erlasses einer einstweiligen Verfügung auf Montag, 25. Juli, 13 Uhr festgesetzt.

Ein Gutachten von Anschütz

Leipzig. Im Verlauf der Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof verlas Ministerialdirektor Dr. Badt ein Gutachten, daß der Heidelberger Professor Anschütz, der bekannte Sachverständige für Fragen der Reichsverfassung, gestern für die klagende preußische Regierung ausgearbeitet hat, danach ist Anschütz mit seinen sämtlichen Ausführungen der Klage, besonders auch ihren rechtlichen Darlegungen, einverstanden. Nach seiner Auffassung steht der Einsetzung eines Reichskommissars nichts im Wege.

„Aber immer doch nur, wenn die im Artikel 48 angegebenen Voraussetzungen vorliegen, sie sind aber im vorliegenden Falle nicht gegeben.“

Es sei also

1. kein Grund zu der Anordnung für Reichsexekution vorhanden,

2. auch nicht zu den durch die Diktaturverordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli angeordneten Eingriffen in das Selbstbestimmungsrecht des preußischen Staates.

Der Reichskommissar habe äußersten Falles das Recht, den Mitgliedern der Regierung die Ausübung ihrer Amtsbefugnisse zu untersagen, nicht aber habe er das Recht, die Richter und andere Beamte rechtswirksam abzusetzen und ihre Amtsnachfolger zu ernennen.

Die Länder bleiben unangetastet!

Stuttgart. Ueber das Ergebnis der Länderkonferenz wird eine amtliche Mitteilung veröffentlicht, die besagt, die Konferenz habe mit Befriedigung von der Zusicherung des Kanzlers Kenntnis genommen, daß die Reichsregierung durchaus auf föderalistischem Boden stehe und die Rechte der Länder in keiner Weise antasten wolle.

Abschluß in Genf

Genf. In der Abstimmung gab der Vertreter Chinas gleichfalls eine kurze Erklärung ab. Die chinesische Regierung sei im Hinblick auf den japanisch-chinesischen Konflikt nicht in der Lage, irgend welche Verpflichtungen zur Abrüstung zu übernehmen. Infolgedessen nahm auch der japanische Botschafter die Entschließung nur unter Vorbehalt an.

Die Verhandlungen des Hauptausschusses wurden nach der Abstimmung vom Präsidenten für geschlossen erklärt. Die Entschließung ist heute lediglich als eine Empfehlung des Hauptausschusses an die Konferenz angenommen worden. Sie gelangt in dieser Tagung nicht vor die Vollkonferenz, da alle Beschlüsse der Vollkonferenz der Einstimmigkeit bedürfen und infolge der Ablehnung der Entschließung durch Deutschland und Sowjetrußland die notwendige Einstimmigkeit nicht vorhanden ist. Das Präsidium der Konferenz ist zum 21. September einberufen und wurde bevollmächtigt, die Abrüstungskonferenz innerhalb von 4 Monaten nach seinem Zusammentritt im September einzuberufen.

Amerikas Kriegsteilnehmer verlangen...

Washington. Es wird gemeldet, daß die amerikanischen Behörden sich jetzt zu energischen Maßnahmen gegen diejenigen der ehemaligen Kriegsteilnehmer entschlossen haben, die nach Washington gekommen waren, um ihre finanziellen Forderungen durchzusetzen. Sie verlangen, wie schon bereits mitgeteilt wurde, die volle Auszahlung der ihnen bei Kriegsbeginn gewährten Lebensversicherungen. Diese Forderung wurde vom amerikanischen Parlament abgelehnt, da sie die Staatsfinanzen allzu stark belasten würden. Trotzdem blieben etwa 15 000 dieser Kriegsteilnehmer in der amerikanischen Bundeshauptstadt zurück. Sie veranstalteten wiederholt Demonstrationen. Irgendwelche Unruhen haben sich zwar nicht ereignet, doch fürchten die amerikanischen Behörden den Ausbruch einer Epidemie sowie plötzliche Gewalttätigkeiten. Die Behörden haben deshalb die Kriegsteilnehmer aufgefordert, Washington bis zum 4. August zu verlassen.

Tschaojan von Japanern besetzt

Die japanischen Forderungen angenommen.

Tokio. Halbamtlich wird gemeldet, daß japanische Bombenflugzeuge Tschaojan erneut bombardierten. Es wurden 40 Bomben abgeworfen, wodurch die Stadt teilweise zerstört wurde. Nach längeren Kämpfen sind dann japanische Truppen in Tschaojan eingedrungen und haben die Stadt besetzt.

Wie das japanische Kriegsministerium bekannt gibt, haben die chinesischen Behörden daraufhin dem japanischen Oberkommando erklärt, daß alle Forderungen des japanischen Oberkommandos erfüllt werden sollen. Sie würden dafür Sorge tragen, daß die verschwundenen Offiziere des japanischen Generalstabs nichts geschieht. Auf Grund dieser Verpflichtung hat der japanische Kriegsminister Araki das Oberkommando angewiesen, Tschaojan in 24 Stunden wieder zu räumen. Die Räumung sollte noch im Laufe des Sonntags erfolgen.

Montag Beginn des Prozesses gegen den Mörder Doumers

Paris. Der Mörder des französischen Staatspräsidenten Doumer wird sich am heutigen Montag vor dem Pariser Schwurgericht zu verantworten haben. Als Dauer des Prozesses sind drei Tage vorgesehen und man erwartet das Urteil in den späten Abendstunden des Mittwoch.

Den Geschworenen werden nur zwei Fragen zur Beantwortung vorgelegt:

1. Ist Gorguloff schuldig, am 6. Mai 1932 den Staatspräsidenten Paul Doumer ermordet zu haben?

2. Handelt es sich um einen vorsätzlichen Mord?



Der Mörder des französischen Staats-Präsidenten vor den Richtern

Paul Gorguloff, der am 6. Mai d. Js. das entsetzliche Attentat beging, durch das der greise französische Staatspräsident Doumer getötet wurde. Jetzt wird sich Gorguloff vor seinen Richtern zu verantworten haben, die zunächst freilich über die Frage zu entscheiden haben, ob der Mörder, der Anzeichen für eine Geisteskrankheit aufweist, seine Tat im zurechnungsfähigen Zustand begangen hat.

Tantiemen der Herrn Grubendirektoren

Die Geheimnisse in den Industrieverwaltungen — Der Befehl zum Antreiben der Arbeiter kommt von den Herrn Direktoren — Ein interessanter Prozeß im Ruhrrevier — Wir verlangen eine öffentliche Kontrolle über die Schwerindustrie

Was in einem Generalstab vor sich geht, das erfährt man überhaupt nie, etwa mit der Ausnahme, daß ein Stabsoffizier Hochverrat begeht, was keine Seltenheit ist. Die Gerichtsverhandlung findet dann hinter geschlossener Tür statt und die Oeffentlichkeit erfährt nicht einmal, was der Betreffende verraten hat. In den Generaldirektionen und den Direktionen der Schwerindustrie wird dieselbe Geheimtuerei, wie in den Generalstäben getrieben.

Man erfährt von dort gar nichts, nicht einmal, ob die Produktion rentabel, oder unrentabel ist.

Was ein Direktor an Gehalt bezieht, kann man auch nicht erfahren, es sei denn, daß ein Zufall das Geheimnis ein wenig lüftet.

Ein Grubendirektor der Kattowitzer Aktiengesellschaft, bezieht monatlich 15 000 Zloty, aber sein Einkommen beträgt noch einmal so viel.

Der zweite Grubendirektor — zwei sind es stets, weil sonst einer es nicht schaffen könnte — bezieht 9 000 Zloty monatlich, aber sein Einkommen wird auf mindestens 20 000 Zloty geschätzt. Dieser zweite Direktor

fühlt sich immer zurückgesetzt

und klagt laut gegen das Unrecht, daß ihm widerfahren ist.

Wenn das Gehalt monatlich 15 000 Zloty beträgt und das Einkommen mit 30 000 Zloty geschätzt wird, so frägt man sich,

von wo der Direktor die zweiten 15 000 Zloty hernimmt.

Von wo, kann man sich leicht denken, denn er bekommt an einem jeden 1. des Monats einen Scheck in die Hand gedrückt, welchen er in der Bank sofort realisiert.

Er braucht auf seinen „Lohn" nicht zu warten, wie das bei den Arbeitern der Fall ist, deren Lohngroschen, am Lohntage vorenthalten werden.

Das ist aber kein Geheimnis, dafür aber ist es ein Geheimnis,

für welche Dienstleistungen

der Grubendirektor die zweiten 15 000 Zloty bekommt.

Von der Arbeitrationalisierung haben die Arbeiter schon genügend gehört und was diese Nationalisierung ist, das brauchen wir ihnen nicht lange zu erklären. Im Grunde genommen hat man ursprünglich die Rationalisierung so verstanden,

daß neue Maschinen eingeführt werden,

die die Arbeitsleistung der Arbeiter wesentlich steigerten. In den Fabriken und zum Teil in den Hütten ist auf solche Art und Weise die Rationalisierung durchgeführt worden, aber nur teilweise, denn sonst versteht man die Rationalisierung bei uns so,

daß die Arbeiter zur Arbeit angetrieben werden.

Man läßt die Arbeiter schuften, daß sie bei der Arbeit auf die Nase fallen und die Hauptsache ist, daß sie viel leisten, möglichst noch einmal so viel, wie vor der Rationalisierung. Da man den Arbeitern nicht traut,

hat man die Zahl der Antreiber verdoppelt, ja in manchen Betrieben vervierfacht.

Hinter paar Arbeitern steht ein Antreiber und jagt die Arbeiter wie die Wilden. Aber selbst die Antreiber sind nicht immer zuverlässig und damit sie gewissenhaft ihre Antreiberdienste leisten,

hat man die sogenanten Prämien eingeführt.

Jeder Antreiber bekommt die Prämie, damit er persönlich an der Antreiberei interessiert ist.

Die Arbeiter nennen diese Prämien — Peitschengeld und sie haben recht, denn das ist noch gefährlicher als die Peitsche.

Jagt der Arbeiter bei der Arbeit nicht, so wird er bei der nächsten Gelegenheit reduziert und die Arbeitslosigkeit ist für einen Familienvater manchmal noch gefährlicher als die Peitsche selbst, denn der Hunger ist ein gefährlicher Feind eines jeden Arbeiters.

Das Peitschengeld bekommt der Meister, der Ingenieur in der Hütte und auf der Grube der Steiger. Es sind viel vernünftige Steiger da, die trotz der Prämie, die sie für die Mehrleistung des Arbeiters bekommen, die Arbeiter zur Arbeit nicht antreiben wollen, denn sie sehen, daß der Arbeiter schon ohnehin genügend schwitzt,

aber sie bekommen von der Direktion den Befehl, die Arbeiter bei der Arbeit wie das liebe Vieh zu hetzen.

Die Direktion besteht darauf, daß die Arbeiter angetrieben werden und sie weiß warum sie das tut.

Die Herren Direktoren bekommen nämlich auch das Peitschengeld und dieses Peitschengeld ist mehrfach so hoch, wie das Peitschengeld eines Meisters, oder eines Steigers!

Das ist das ganze Geheimnis, warum die Direktoren an der „Nationalisierung" so sehr interessiert sind. Ihr Peitschengeld, macht noch einmal so viel aus, wie ihre fürstlichen Bezüge und was geht das einen Direktor an, wenn ein Arbeiter auf Schwindsucht zu Grunde geht. An seine Stelle kommt ein anderer und die Antreiberei geht weiter.

Die Arbeitrationalisierung auf den Gruben ist nicht etwa darauf zurückzuführen,

daß neue technische Einrichtungen geschaffen wurden.

Wohl hat man hie und da kostspielige Investitionen durchgeführt, wie neue Bunker und Separationen, aber das hat mit der Mehrleistung nichts zu tun.

Es steht fest, daß viele Gruben überhaupt nicht investiert haben und doch ist die Produktion genau so auf diesen Gruben gestiegen, wie auf jenen, die eine Investierung durchgeführt haben.

Die Mehrleistung ist mithin lediglich auf die

wahnsinnige Antreiberei der Arbeiter

zurückzuführen, die auf allen Gruben die gleiche ist,

weil hier nach einem System gearbeitet wird.

In Westfalen hat ein Gerichtsprozeß stattgefunden, der auch für unsere Verhältnisse zutreffend sein dürfte. Ein Direktor der Mont Cenisgrube bei Dortmund, wurde voreilig entlassen und ausgezahlt, aber er wollte sich damit nicht begnügen, weil er Anspruch auf das Peitschengeld für längere Zeit erhoben hat. Vor Gericht hat er den Nachweis erbracht, daß er die Produktion von 1 279 auf 1 354 Tonnen gesteigert hat und wäre er bis Ende 1931 auf seinem Posten geblieben,

so hätte er die Produktion pro Bergmann auf 1 400 Tonnen pro Schicht gebracht.

Das Gericht hat dem Direktor seine Tüchtigkeit bestätigt und verurteilte die Grube zur Nachzahlung des Peitschengeldes für den tüchtigen Direktor. So, da haben wir die wirkliche „Rationalisierung" der Arbeit auf den Gruben, die darin besteht, daß die Arbeiter bei der Arbeit Blut schwitzen müssen und die Herrn Direktoren stecken schweres Peitschengeld ein. Diese Sippschaft lebt wie die Drohnen auf Kosten der armen Proleten, die ihr Leben und ihre Gesundheit in die Schanzen werfen müssen, damit eine Handvoll von Direktoren Vermögen erwirbt. Dann kommt die Arbeitslosigkeit und die Not des armen Volkes, weil die Direktoren das Volk bestehlen. Eine öffentliche Kontrolle in den Industriebetrieben ist im Interesse der gesamten arbeitenden Menschheit dringend erforderlich.

Betriebsrätekonferenz für den schlesischen Bergbau

40 000 Bergarbeiter auf die Straße geworfen — Alle Erzgruben stillgelegt

Gestern fand in Kattwitz die angekündigte Betriebsrätekonferenz der schesischen Bergarbeiter statt, die sich vrwiegend mit den Arbeiterreduktionen und Stillegung von Gruben befaßt hat. Die Konferenz war von 245 Betriebsräten besucht, die der Arbeitsgemeinschaft im schlesischen Bergbau angeschlossen sind. Die Hauptreferate hielten Herr Grajek von der Polnischen Berufsvereinigung und Herr Jankowski von der Christlichen Gewerkschaft.

Man hat in der Konferenz festgestellt, daß von der Gesamtbelegschaft im schlesischen Bergbau, die 98 000 Köpfe stark war, 40 000 Bergarbeiter entlassen wurden und es verblieben 58 000 Mann im Produktionsprozeß.

Die Referenten führten eine interessante Statistik über die Stillegung von Gruben und Reduzierung von Arbeitern an.

1. Am 1. 3. 32 wurde die Kohlengrube **Mathilde-Ost** stillgelegt und 700 Arbeiter entlassen.
2. Auf der Kohlengrube **Mathilde-West** wurden 450 Arbeiter reduziert.
3. Die **Florentinengrube** hat den Kohlenschacht **„Schwerin"** am 31. 3. 1932 stillgelegt und 700 Arbeiter entlassen.
4. Die **Wolfganggrube** hat die beiden Schächte **Leo und Johann** stillgelegt und 1250 Arbeiter entlassen.
5. Die **Hillebrandtgrube** hat 400 Arbeiter abgebaut.
6. Die **Friedensgrube** hat 400 Arbeiter abgebaut.
7. Die **Aschenborngrube** wurde am 1. 6. 1932 stillgelegt und entließ 250 Arbeiter.
8. Die **Gotthardgrube** hat 200 Arbeiter reduziert.
9. Die **Wiretgrube** hat 100 Arbeiter reduziert.
10. Die **Knurowgrube** hat 450 Arbeiter reduziert.
11. Die **Schlesiengrube** hat 150 Arbeiter reduziert.
12. Der **Schacht „Piast"** in Nowe Hajduki wurde stillgelegt und 1200 Arbeiter kamen auf die Straße.

In allen diesen Gruben wurden mit Zustimmung des Demo, in diesem Jahre 5200 Arbeiter reduziert und außerdem 1000 Arbeiter „beurlaubt". 1930 und 1931 wurden auf diesen Gruben insgesamt 17 000 Arbeiter abgebaut.

Weiter wurden alle Zinkerzgruben und zwar die **Cäciliengrube, Carmergrube, Mathildegrube, Bleischarleygrube und Helenengrube stillgelegt.**

Weitere Stillegungen und Reduzierungen:

1. **Gräfin Lauragrube** stillgelegt und 1400 Arbeiter reduziert.
2. **Radzionkaugrube** 120 Arbeiter reduziert.
3. **Andaluziagrube** 235 Arbeiter reduziert.
4. **Maxgrube** 240 Arbeiter reduziert.
5. **Charlottengrube** stillgelegt und 2000 Arbeiter entlassen.
6. **Przemsagrube** stillgelegt und 900 Arbeiter entlassen.
7. **Padlarisch** in Birkenthal stillgelegt und 700 Arbeiter entlassen. **Fürstengrube** 560 Arbeiter reduziert. **Piastengrube** in Lendzin 600 Arbeiter reduziert, **Georggrube** stillgelegt und 1100 Arbeiter reduziert.
8. **Keophasgrube** stillgelegt und 1700 Arbeiter entassen.
9. **Ferdinandgrube** stillgelegt und insgesamt 1500 Arbeiter entlassen.
10. **Myslowitzgrube** insgesamt 1910 Arbeiter reduziert.
11. **Eminenzgrube** 450 Arbeiter reduziert.

Nach diesem Bericht fand eine allgemeine Aussprache statt, an der sich 16 Betriebsräte beteiligt haben und dann wurde eine Entschließung angenommen u. a., daß die Konferenz die Zuziehung der Arbeitergewerkschaften bei der Einfahrt in die Gruben verlangt.

Eine weitere Entschließung fordert die Sozialisierung zumindestens der stillgelegten Gruben.

Gegen das Vorgehen des Demo bei der Stillegung von Gruben, besonders aber der Ferdinandgrube, wird Protest erhoben, desgleichen auch gegen die Anfertigung von Reduktionslisten durch den Inspektor Orlowski. Zuletzt wird die pünktliche Lohnauszahlung auf den Gruben gefordert.

Polnisch-Schlesien

Das „Fest der Arbeit"

Ostgalizische Bauern vor dem Standgericht.

Vor einigen Tagen brachten wir einen Artikel an dieser Stelle über blutige Bauernkrawalle in Galizien, die im Zusammenhange mit dem „Fest der Arbeit" ausgebrochen sind. Nach der polnischen Telegraphenagentur „PAT." wurden in Lobozna, Kreis Lesko, 5 Bauern erschossen und acht verletzt. Im Zusammenhange mit diesen Krawallen hat die Polizei 140 Bauern verhaftet und vier von den Verhafteten wurden vor das Standgericht gestellt. Später wurden 70 Verhaftete auf freien Fuß gesetzt und 70 weitere sitzen noch im Gefängnis in Sanok, wo auch die gerichtliche Verhandlung stattfindet. Wie schon ausgeführt, sind die Krawalle im Zusammenhange mit dem „Fest der Arbeit" ausgebrochen. Die Bauern sollten „freiwillig" und unentgeltlich eine Landstraße bauen, die der dortige Gutsbesitzer und zum Teil auch die einzelnen Bauern benötigten. Plötzlich tauchte das Gerücht auf, daß man den Frondienst einführen will und zu diesem Zweck werden in Lesko Männer erscheinen, die die unter dem Kreuz eingegrabenen Dokumente über die Abschaffung des Frondienstes ausgraben werden und dann wird die Bauernfreiheit aufgehoben und der Frondienst proklamiert werden. Die Bauern bewaffneten sich mit Heugabel, Dreschflegel und Schußwaffen und bewachten in den Nächten die Stellen, wo angeblich die Dokumente eingegraben waren. Sie haben den Landinspektor von der Starostei erwischt, als er im Zusammenhang mit dem „Fest der Arbeit" nach Lesko kam und verletzten ihn schwer. Es wurden auch andere Personen mißhandelt, weil die Bauern jeden fremden Menschen verdächtigt hatten, daß er die Dokumente beseitigen will.

Auf der Anklagebank vor dem Standgericht stehen vier junge Bauern, und der öffentliche Ankläger wirft ihnen vor, daß sie eine Polizeiabteilung, die aus drei Mann bestand, entwaffnet, und als dann eine Polizeiverstärkung anrückte, diese aus den Gewehren beschossen haben. Weiter wird ihnen vorgehalten, daß sie das Pfarrhaus und die Gutsbesitzung geplündert, die Möbel demoliert und den Pfarrer Czembiera verhaftet haben, der aber gleich freigelassen wurde. Alle vier Angeklagten sind arme, unwissende Bauern, durch den Klerus verblödet, mit einer unzulänglichen Schulbildung, die mit Mühe sich unterschreiben können. Von den vier Angeklagten ist nur einer, der Wasyl Dunyk, geständig, der den Richern erzählt, daß er aus der Gemeindestube ein Gewehr genommen, damit herumgelaufen ist und vier Schüsse gegen die Polizei abgefeuert hat. Er kann aber mit Bestimmtheit nicht sagen, ob das am Tage oder in der Nacht war. Dieser Angeklagte belastet mit seinen Aussagen die drei weiteren Angeklagten, die angeblich auch Gewehre hatten und schossen. Von der Polizei wurde jedoch kein Funktionär verletzt und auch sonst niemand erschossen. Die Verteidigung hat sich bemüht, die Sache dem ordentlichen Gericht zu überweisen, aber das Gericht erklärte sich für zuständig.

Gegen 40 Zeugen sind aufmarschiert, aber ihre Aussagen waren unklar. Der Pfarrer Czembiera erzählte weit und breit über seine „Verhaftung" und nannte zwei von den Angeklagten, die in das Pfarrhaus eingedrungen und ihn verhaftet haben. Er wurde aber bald von den anderen Bauern befreit. Der Dorfschulze erzählte die Sache von der Einführung des Frondienstes. Die Bauernbevölkerung war fest überzeugt, daß der Frondienst eingeführt wird. Drei Kreuze sollten ausgegraben, worunter angeblich die Dokumente über die Abschaffung des Frondienstes vergraben sind und an ihre Stelle sollten drei „rote Kreuze" aufgestellt und der Frondienst eingeführt werden. Aus dem ganzen Kreis Lesko waren die Bauern auf den Beinen und die Ansammlung am Tage der Schießerei machte etwa gegen 5000 Bauern aus. Man hat von seiten der Polizei auf die Bauern eingeredet, daß vom Frondienst keine Rede sei, aber das hat nichts genützt. Man erzählte sich sogar, daß ukrainische Flugzeuge und Panzerautos (!!) erscheinen werden, um die Bauern vor dem Frondienste zu beschützen. In den Nächten kampierten die Bauern in den Wäldern, um für alle Eventualitäten bereit zu sein. Aus den Bauernzeugen war nichts gescheites herauszubringen, denn das Volk wird dort durch den Klerus im Unwissen gehalten und hat über solche Dinge keine klare Auffassung.

Am Freitag wurde die Beweisaufnahme geschlossen, und dann sprach der Staatsanwalt und die Verteidiger. Spät in der Nacht verkündete das Gericht das Urteil. Alle vier Angeklagten werden zum Tode verurteilt. Die Verteidiger schickten ein Bittgesuch an den Staatspräsidenten, der allen vier Verurteilten die Todesstrafe in lebenslängliche Gefängnisstrafe umwandelte. Damit ist aber nur in Teil der Sache des „Festes der Arbeit" im Kreise Lesko erledigt, denn ein zweiter großer Prozeß steht noch bevor.

Die Feierschichten für die Angestellten vor dem Demobilmachungskommissar

Die Angestellten der Schlesien- und Deutschlandgrube haben eine Entscheidung des Demo über die Einführung der Feierschichten angerufen. Sie haben sich auf den § 1 der Verordnung des Arbeitsministers vom 30. April 1926 berufen, welche Verordnung solche Feierschichten für unzulässig erklärt. Nach dem Gehältertarif für die Angestellten in der Schwerindustrie, sind die Feierschichten für die Angestellten ebenfalls unzulässig. In der Konferenz beim Demo haben die Angestellten auf alle diese Tatsachen hingewiesen und erklärten, daß die Verwaltung der Industrieanlagen des Fürsten Donnersmarck, die Feierschichten rückwirkend am 1. Juli d. Js. eingeführt hat, obwohl der Gehältertarif in Kraft steht. Man hat auch die Schattenseiten dieser Maßnahme eingehend beleuchtet, wie Steuerausfall, ferner die Zuwendungen der Angestellten an die Arbeitslosen u. dergl. Die Angestellten haben darauf hingewiesen, daß die Arbeitgeber die Möglichkeit haben, die Angestelltengehälter auf dem gesetzlich vorgeschriebenen Wege abzubauen und sie machen auch davon Gebrauch. Die technischen Angestellten haben auch dann in den Betrieben zu tun, wenn Feierschichten angelegt werden und die Feierschichten für die Handelsangestellten das ist ein Unsinn.

Die Verwaltung war durch Direktor Buzek vertreten, der sich lebhaft für die Feierschichten einsetzte. Der Demo

stellte aber fest, daß die Verwaltung der Fürst Donnersmarck-Industrieanlagen kein Recht gehabt hat, die Feierschichten rückwirkend einzuführen. Ferner stellte er fest, daß es unzulässig ist, die Angestellten bei den physischen Arbeiten zu beschäftigen, was zum wiederholten Male versucht wurde. Die Sache der Feierschichten für die Angestellten ist von grundsätzlicher Bedeutung und muß erst durch maßgebende Instanzen geprüft und geregelt werden. Darauf zog der Direktor Buzek die Feierschichtenangelegenheit zurück und will diese Frage erst ab 1. Oktober, wenn die Frist für den Gehältertarif abgelaufen ist, vom neuen einbringen. Zu bemerken wäre noch, daß auch in den meisten Hüttenwerken die Feierschichten für die Angestellten eingeführt haben, was auch Gegenstand der Beratungen bilden wird.

Festungsstrafen im großen Kommunisten-Prozeß

Das Gericht stellt fest: Konfidenten-Aussagen sind mit Vorsicht aufzunehmen

Am Sonnabend wurde der Kommunistenprozeß gegen 12 Angeklagte vor dem Feriengericht in Kattowitz fortgesetzt und beendet. Es marschierten noch mehrere Zeugen auf, die sich ihrerseits zu einem großen Teil auf Mitteilungen stützten, die von Konfidenten zugegangen sind und die Angeklagten zu einem großen Teil belasteten. Nach Vernehmung der Zeugen gab der Beauftragte der Sicherheitsabteilung beim Wojewodschaftsamt ein

Sachverständigen-Gutachten über das Wesen der kommunistischen Organisationen.

Bei dieser Gelegenheit kam auch zur Sprache, daß die erste Angeklagte Julie Kaczok, wegen kommunistischer Umtriebe bereits 4 Jahre Gefängnis abgebüßt haben soll. Ueber dieses Strafausmaß ist allerdings im Strafregister nichts vermerkt.

Der Staatsanwalt plädierte auf Bestrafung sämtlicher Angeklagter und legte im einzelnen dar, daß die Schuld sämtlichen Beschuldigten nachgewiesen werden konnte. Die Kaczok organisierte die Flugzettelverteilung und zahlte für die jeweiligen Arbeitsleistungen. Schuldig sei auch der Beklagte Ernst Heinrich, welcher kommunistisches Material transportierte und wußte, worum es sich handele. Bei dem angeklagten Ehepaar Hildebrandt habe sich das eigentliche große Lager zur Aufbewahrung der kommunistischen Flugschriften und weiteren Propagandamaterials befunden. Bei der Beklagten Wypior, die sich im übrigen in verdächtiger Weise über einen bevorstehenden Umsturz ausgelassen haben soll, lagerte ebenfalls viel Material, das sie kurz vor einer polizeilichen Haussuchung in Kellerräumen versteckte. Als die gefährlichste Agitatorin betrachtete der Staatsanwalt die Anastasia Krolikowska, die bekanntlich in den Ortschaften um Kattowitz kommunistische Frauenabteilungen organisierte, und besondere Versammlungen abhielt. Der Staatsanwalt unterstrich, daß diese Angeklagte in der Umsturzbewegung eine bestimmte Rolle spielte und an einem Kongreß der Komintern in Leningrad teilgenommen haben soll. Auch das Ehepaar Rogowicz, ferner der Franz Kubitza, dann der Josef Holewa, hätten sich ganz in den Dienst der kommunistischen Sache gestellt und letzterer, nämlich Holewa, sogar den engeren Kontakt zwischen der kommunistischen Organisation in Deutsch- und Polnisch-Oberschlesien geschaffen. Zum Schluß beantragte der Staatsanwalt strenge Bestrafung der Schuldigen.

Die Verteidiger traten mit warmen und beredten Worten für die Angeklagten ein. Es wurde unterstrichen, daß der Augenschein trüge und

viele Zeugenaussagen nicht vollgewertet

werden könnten, da es sich nicht um unmittelbare Feststellungen handelte. Es habe sich immer wieder gezeigt, daß man sich auf Berichte und Mitteilungen von Zuträgern stützte, die jedoch unkontrollierbar seien. Der weitaus größte Teil der Mitangeklagten gelte als Mitläufer. Man müsse sich fragen, ob diese Leute sich überhaupt klar darüber gewesen sind, daß sie sich in den Dienst der kommunistischen Sache stellten. Den Leuten, die seit Jahr und Tag arbeitslos sind und sich in größter Notlage befinden, wurden Aufträge erteilt und sie griffen ohne Ueberlegung zu, um die versprochene Entschädigung von 5, 10 oder gar 20 Zloty zu erhalten. Man müsse sich in die Psyche dieser Bedrängten, die als

Opfer der furchtbaren Wirtschaftskrise

anzusehen sind, nur ordentlich hineindenken, um sich ein klares Bild zu machen. Not und Hunger sind nun einmal, und das ist längst erwiesen worden, die schlechtesten Berater. Derjenige, dem sich eine Erwerbsmöglichkeit bietet, erwägt nicht lange, sondern greift entschlossen zu, wenn es gilt, die eigene Notlage, sowie das Elend der Angehörigen zu lindern. Diesen Umständen möge das Gericht bei Urteilsfestsetzung Rechnung tragen.

Da einer der Verteidiger

einige ironische Bemerkungen über die Ausführungen des Staatsanwalts

machte, so legte dieser Verwahrung ein. Das Gericht nahm ebenfalls Anlaß, dem Verteidiger eine Rüge zu erteilen.

Nach längerer Beratung wurde das Urteil verkündet, das wider Erwarten sehr milde ausfiel, weil das Richterkollegium den näheren Umständen in vollstem Maße Rechnung trug.

Verurteilt wurden: Julie Kaczok zu 10 Monaten Festung mit Anrechnung der Untersuchungshaft, Ernst Heinrich, Martha Hildebrandt und Josef Holewa zu je 6 Monaten Festung, bei Zubilligung einer Bewährungsfrist für die Zeitdauer von drei Jahren, Martha Rogowicz und Franz Kubitza zu gleichfalls 6 Monaten Gefängnis bei einer Bewährungsfrist von 5 Jahren. Freigesprochen wurden August Hildebrandt, Anton Segeth, Pauline Wypior, Ignaz Golik, Josef Rogowicz und zur größten Ueberraschung auch die Anastasia Krolikowska, da das Gericht sich auf Mitteilungen der Konfidenten nicht stützen konnte. y.

Kattowitz und Umgebung

Warnung vor falschen Wohnungskontrolleuren.

In letzter Zeit werden durch das städtische Wohnungsamt innerhalb der Großstadt Kattowitz Kontrollen durchgeführt. Diese Gelegenheit wird leider von verschiedenen Elementen zu allerlei Gaunereien ausgenutzt, indem diese von den Wohnungsinhabern unter Vorspiegelung falscher Tatsachen Geldbeträge erschwindeln. Derartige Beschwerden laufen bei der städtischen Polizei wiederholt ein. An dieser Stelle wird darauf hingewiesen, daß behördlich angestellte Kontrolleure stets mit amtlich beglaubigten Personalausweisen ausgestattet sind. Es wäre daher ratsam, wenn die Kattowitzer Bürgerschaft von den Wohnungskontrolleuren die Vorweisung des Ausweises verlangen würde, um sich vor eventl. Schäden zu schützen. y

Der Spitzbube am Wochenmarkt. Am Sonnabend-Wochenmarkt in Kattowitz erschien am Buttermarkt ein junger Mann, welcher dort von einer Händlerin 2 Pfund Butter, sowie 1 Dutzend Eier anforderte. Der „Käufer“ verstaute die Lebensmittel in eine Aktentasche und verschwand im Menschengedränge, ohne die Ware zu bezahlen. y.

Sie haben ihn gefaßt. Schnell gefaßt werden konnte der 18jährige Jakob Wasyl, ohne ständigen Wohnsitz und ohne Beschäftigung, welcher in den Morgenstunden des 22. d. Mts. aus der jüdischen Küche, auf der ulica Marjacka in Kattowitz, Fleisch- und Zuckerwaren stahl. z.

In einer Restauration bestohlen. In der Restauration Spyra auf der ulica 3-go Maja in Kattowitz wurde die Josefa Purgal aus Czenstochau bestohlen. Dem Spitzbuben fielen ein schwarzes Handtäschchen, sowie verschiedene Dokumente und ein Geldbetrag, in die Hände. z.

Königshütte und Umgebung

Tagung des Lebensmittelpreisfestsetzungsausschusses.

Herabsetzung der Mehl- und Brotpreise.

Der Magistrat Königshütte hat die vom Lebensmittelpreisfestsetzungsausschuß in seiner Sitzung beschlossenen Preise für Lebensmittel bestätigt. Demnach kostet 65 proz Roggenmehl 1 Kilo 43 Groschen, 65 proz. Weizenmehl 1 Kilo 47 Groschen, 1 Kilo Brot aus 65 proz. Roggenmehl 40 Groschen, eine Semmel zu 130 Gramm 10 Groschen, zu 65 Gramm 5 Groschen, Vollmilch 1 Liter 33 Groschen, Buttermilch 1 Liter 18—20 Groschen, Eier Stück 6—10 Groschen, die Butterpreise sind offen gelassen worden, infolge Unbeständigkeit der Eingänge, Kuhkäse 1 Kilo 50—80 Groschen. Fleisch- und Wurstwaren: Schweinefleisch 1. Gattung 1 Kilo im Laden 1,90 Zloty, in der Markthalle 1,70 Zloty; Schweinefleisch 2. Gattung 1 Kilo im Laden 1,70 Zloty, in der Markthalle 1,50 Zloty; Rindfleisch 1. Gattung 1 Kilo im Laden 1,70 Zloty, in der Markthalle 1,50 Zloty; Rindfleisch 2. Gattung 1 Kilo im Laden 1,30 Zloty, in der Markthalle 1,10 Zloty; Kalbfleisch 1. Gattung 1 Kilo im Laden 1,80 Zloty, in der Markthalle 1,60 Zloty; Kalbfleisch 2. Gattung 1 Kilo im Laden 1,60 Zloty, in der Markthalle 1,40 Zloty; frischer Speck 1 Kilo im Laden 2,30 Zloty, in der Markthalle 2,30 Zloty; Speck 2. Gattung 1 Kilo im Laden 2,10 Zloty, in der Markthalle 2,10 Zloty; Schmeer 1. Gattung 1 Kilo im Laden 2,30 Zloty, in der Markthalle 2,30 Zloty; Schmeer 2. Gattung 1 Kilo im Laden 2,10 Zloty, in der Markthalle 2,10 Zloty; Krakauerwurst 100 proz. Fleisch 1 Kilo 3,60 Zloty im Laden und in der Markthalle; Krakauerwurst gemischt 1. Gattung im Laden 2,40 Zl., in der Markthalle 2,20 Zl.; Krakauerwurst 2. Gattung im Laden 2,20 Zl., in der Markthalle 2 Zloty; Knoblauchwurst 1. Gattung 1 Kilo im Laden 2,30 Zloty, in der Markthalle 2,30 Zloty; Knoblauchwurst 2. Gattung 1 Kilo im Laden 1,90 Zloty, in der Markthalle 1,90 Zloty; Preßwurst 1. Gattung 1 Kilo im Laden 2,20 Zloty, in der Markthalle 2,20 Zloty; Preßwurst 2. Gattung 1 Kilo im Laden 1,80 Zloty, in der Markthalle 1,80 Zloty; Leberwurst 1. Gattung 1 Kilo im Laden 2,60—2,80 Zloty, in der Markthalle 2,40—2,60 Zloty. Die Zulagen dürfen betragen höchstens bei Schweinefleisch 15 v. H., Rindfleisch 20 v. Hs. bei Kalbfleisch 25 v. H. Angeführte Preise treten mit dem heutigen Tage in Kraft. Uebertretungen können nach den Verordnungen des Staatspräsidenten bis 10 000 Zloty Geldstrafe oder mit 6 Wochen Gefängnis bestraft werden. m.

Zur öffentlichen Einsichtnahme ausgelegt. Im Einvernehmen mit den städtischen Körperschaften und der Königshütter Polizeidirektion wird der Plan betreffend der Regulierung des Geländes an der ulica Podgorna-Damrota und Katowicka-Gora Redena vom 25. Juli im städtischen Vermessungsamt, Rathaus, Zimmer 119 auf die Dauer von 4 Wochen während den Amtsstunden zur öffentlichen Einsichtnahme ausgelegt. Etwaige Einsprüche sind bis zum 21. August d. Js. an den Magistrat Königshütte einzureichen. m.

Arbeitsverweigerung bringt Entziehung der Arbeitslosenunterstützung. Mit der gesetzlichen Einführung der Abarbeitung der Unterstützungen wird es sehr oft vorkommen, daß das Arbeitslosenamt sich veranlaßt sieht, im Falle der Arbeitsverweigerung der in Frage kommenden Person die Unterstützung zu entziehen. Wenn auch dieser Schritt für die davon betroffenen zunächst als hart erscheinen wird, so ist es aber nur eine Folge der Auswirkung des neuen, bereits in Kraft getretenen Gesetzes. Selbstverständlich wird ein qualifizierter Arbeitsloser nicht gezwungen werden können, eine nicht in sein Fach schlagende Arbeit auszuführen. Anderseits aber darf einem nichtqualifizierten Arbeiter jede Beschäftigung zugewiesen werden. Wird die Aufnahme und Ausführung solcher Beschäftigungen verweigert, dann bestimmt das Gesetz die Entziehung der Arbeitslosenunterstützung. Dieses Druckmaterial soll eine Art Bestrafung sein und den Arbeitslosenfonds entlasten. Auf Grund dieser Vorschriften muß das Arbeitslosenamt handeln. Selbstverständlich dürfen es die Arbeitslosen nicht so weit kommen lassen, daß sie die ihnen zugewiesene Arbeit verweigern. Vielleicht beruht die Arbeitsverweigerung in der geringen Bezahlung der Arbeitgeber. Ein derartiger Einwand wird aber nicht als stichhaltig angesehen und hat die obige Auswirkung zur Folge. In solchen Fällen müssen die Gründe glaubhaft gemacht werden, damit ihnen vom Arbeitslosenamt nachgegangen werden kann. Wenn diese Wege beschritten werden, dann kann auch der Vorwurf der Arbeitsscheu niemand gemacht werden. Auch wird dann die Arbeitslosenunterstützung weiter gezahlt, weil die Grundlage der Arbeitsverweigerung berechtigt war. Anderseits werden die Arbeitgeber vom Arbeitslosenamt zurecht gewiesen, was in den meisten Fällen den Arbeitslosen zum Vorteil gereicht. Wenn auch mannigfachere Unterschiede in der Stellenvermittlung gemacht werden, dann aber immer in der Voraussetzung, daß man überall den zugewiesenen Arbeitskräften auch eine angemessene Bezahlung gewährleistet. m.

Für den Verkehr gesperrt. Nach einer Bekanntmachung der Polizeidirektion, bleibt infolge Ausbesserungsarbeiten, die ul. Krzyzowa im Abschnitt von der ulica Pawla bis zur Bytomska auf die Dauer von zwei Wochen für jeglichen Wagenverkehr gesperrt. Die Umleitung erfolgt durch die angrenzenden Nebenstraßen. m.

Vom Auto überfahren. An der ulica Bytomska ereignete sich abends ein folgenschwerer Verkehrsunfall. Beim Ueberschreiten der Straße wurde der arbeitslose Theodor Patron aus Neuheiduk, ulica Gorna 6 wohnhaft, von dem Lieferungswagen P. M. 50 401 überfahren. Der Chauffeur Konieczka aus Kleinpolen, kümmerte sich nicht um den Schwerverletzten, sondern versuchte sich eiligst durch die Flucht zu entziehen. Einem Polizeibeamten gelang es, seinen Wagen einzuholen und die Personalien des Chauffeurs, zwecks Feststellung der Schuldfrage, aufzunehmen. m.

Blinde Passagiere verhaftet. Die Polizei verhaftete an der ulica Ligota Gornicza, zwei junge Burschen die sich auf der Flucht befanden. Wie die Untersuchung ergeben hat, handelt es sich um einen gewissen Peter Palzerski aus Lemberg und Theodor Kopetko aus Tarnopol. Beide hatten sich in einem Güterwagen versteckt nach Königshütte befördern lassen. Da sie kein bestimmtes Ziel hatten, wird angenommen, daß sie hier zu einem bestimmten Zweck gekommen sind. Ferner hat die Untersuchung ergeben, daß Kopetko wohl militärpflichtig ist, sich aber seit drei Jahren vor keinem Militäruntersuchungsausschuß gestellt hat. Bis zum Abschluß der Untersuchung wurden die Festgenommenen im Gerichtsgefängnis festgesetzt. m.

Die unbekannte Frau bestiehlt weiter Kinder. Wir haben an dieser Stelle schon wiederholt berichtet, daß eine unbekannte freche Frauensperson in der Stadt ihr Unwesen treibt, indem sie Kinder unterwegs anhält und sie um Geldbeträge bestiehlt. Vorgestern ist dieser Unbekannten ein weiterer Diebstahl gelungen. Der Schneider Kaufmann, von der ulica Wandy 37, schickte seine 8jährige Tochter Sala zum Schneidermeister Haim Jakobowicz auf der ulica 3-go Maja 53, nach Schneidermaterial. Auf dem Rückwege wurde das Kind von der Frau angehalten und durch Versprechung von Süßigkeiten, auf einen Feldweg gelockt. Als sich dort die Fremde unbeachtet fühlte, nahm sie dem Mädchen die Materialien weg und verschwand in unbekannter Richtung. m.

„Friedliche“ Mieter. Im Hausgrundstück ulica Piotra 3, kam es zwischen den Mietern D. und W. zu einer Auseinandersetzung, wobei D. seinem Gegner mit einem stumpfen Gegenstand einen Schlag auf den Kopf versetzte und dieser bewußtlos zusammenbrach. Der Verletzte mußte in das Krankenhaus eingeliefert werden. — In einem anderen Falle kam es zwischen dem Hauswirt B., seinem Sohn und der Mieterin Elisabeth H. zu Streitigkeiten. Letztere wurde durch Fußtritte erheblich verletzt und mußte in ärztliche Behandlung gebracht werden. Bei der Polizei wurde Strafantrag wegen Körperverletzung gestellt. m.

Mitteilungen der Polizeidirektion Königshütte. Als Gefunden wurden abgegeben: Ein Geldbetrag in Banknoten, gefunden im Hausflur an der ulica Wolnosci 29, ein Metallgewicht an der ulica Poniatowskiego, ein Herrenschirm, zurückgelassen in der Polizeidirektion. Angeführte Fundgegenstände können in der Polizeidirektion Königshütte, Zimmer 10, während den Dienststunden von den Eigentümern in Empfang genommen werden. — Amtlich wurde im Anwesen des Besitzers Franz Sznek und Piszczyk in Schwientochlowitz, an der ulica Bytomska 46, der Ausbruch der Schweineseuche festgestellt. m.

Siemianowitz

Großes Sommerfest der Siemianowitzer freien Kulturbewegung im Bienhofpark.

Nach dem schönen Erfolg und dem ungeheuren Zuspruch beim Volksfest der „Freien Sänger“ am 10. Juli im Bienhofpark wird von der Siemianowitzer Arbeiterkulturbewegung für den 7. August ein gemeinsames Sommerfest vorbereitet. Diese Veranstaltung wird in noch großzügigerer Form mit einem vielseitigen Programm ausgestattet werden.

Die freien Sänger bringen wieder ein vollständig neues Programm, enthaltend Tendenz-, Volks- und Wanderlieder. Nicht weniger wie 22 gemischte und Frauenchöre stehen auf dem Programm des durch auswärtige Sänger verstärkten Chores. Bundesdirigent Lothar Schwierholz wird wiederum die Chöre mit bekannter Sicherheit leiten, so daß allen Sangesfreunden ein besonderer Kunstgenuß bevorsteht.

Im Rahmen des Programms werden diesmal die freien Sportler in viel stärkerem Maße zur Geltung kommen. Alle Sparten der freien Sportbewegung werden mit ihren Sonderübungen auftreten. Die Schacher werden Wettspiele mit dem Kattowitzer freien Schachklub austragen. Hand- und Korbballspiele werden von den Ballabteilungen vorgeführt, während die Turner leichtathletische und Bewegungsspiele aufführen werden. Auch die Kinderwelt wird dabei nicht zu kurz kommen. — Als Orchester ist wiederum der hervorragende Siemianowitzer Musikverein mit seinem Dirigenten Josef Krejci verpflichtet worden, und wird gleichfalls mit einem erstklassigen Programm aufwarten. Dieses ausgezeichnete Streichorchester, welches sich in der so kurzen Zeit seines Bestehens so viele Freunde erworben hat, bedarf keiner besonderen Empfehlung mehr.

Mit diesem vielseitigen Festprogramm hoffen die freien Sänger und Sportler die musik- und sportliebende Siemianowitzer Bevölkerung in allen Teilen zufriedenstellen zu können. Die Eintrittspreise für diese große Festveranstaltung sind mit 20 und 10 Groschen so mäßig, daß mit einem noch nie gesehenen Massenbesuch zu rechnen ist. Auch die auswärtigen Arbeiter-Kulturvereinigungen mögen sich den 7. August für dieses Fest reservieren.

Die Polizei an den Notschächten. Da die Unfälle auf den Biedaschächten sich häufen, schreitet die Polizei energisch ein. Was nicht zum eigenen Gebrauch gefördert wird, wird beschlagnahmt. Auch werden die Fuhrwerksbesitzer, welche die Kohle abholen, zur Anzeige gebracht. Letzthin ist wieder ein Unfall passiert. Ein Pferd brach in einen solchen Schacht ein und konnte nur mit größter Mühe herausgebracht werden.

Drei Kommunisten verhaftet. In vergangener Woche fanden sich auf Baingowschacht drei auswärtige Personen ein, welche an der Haltestelle der Grubenbahn, während des Schichtwechsels, radikale Reden hielten. Die Polizei erhielt hiervon Kenntnis und schritt zur Verhaftung der Redner. Diese stammen aus Schwientochlowitz, Czeladz und Siemianowitz.

Unfall. An Freitag wurde auf Richterschächte, Westfeld III. der Bergmann Pawlas durch niedergehende Kohle am Kopfe verletzt und mußte ins Lazarett geschafft werden.

Autounfall. Auf der Michalkowitzerstraße fuhr ein Personenauto auf einen mit Kohlen beladenen Handwagen. Beide Fahrzeuge wurden beschädigt. Der Handwagen wurde vollständig demoliert, während das Auto am Trittbrett und Kotflügel Beschädigungen erlitt. Personen sind dabei nicht zu Schaden gekommen.

Neue Autobuslinie. Auf der Strecke Siemianowitz—Sosnowitz wird von einem Privatunternehmen ein Autobusverkehr eingeführt. Stationen sind in Eichenau, Borken und Schoppinitz. Halteplatz in Siemianowitz ist Ecke Schloß-Wandastraße.

Diebstähle. In vergangener Woche wurden dem Johann Lampert aus dem Taubenschlage 10 Tauben von unbekannten Dieben entwendet. — Ein Taschendieb stahl dem P. Lebek am letzten Wochenmarkt eine Taschenuhr aus der Tasche. In beiden Fällen konnten die Täter nicht erwischt werden.

Wohnungsdiebstahl. Eine Wirtschafterin schädigte ihren Brotgeber, indem sie ihm aus der Wohnung ca. 800 Zloty stahl und damit verschwand. Als Grund gab sie an, daß der Geschädigte mit ihr in „wilder" Ehe lebte und sie deshalb Anspruch auf diese Entschädigung zu haben glaubte. Kann schon möglich sein.

Michalkowitz. (Aus der Gemeindevertretung.) In vergangener Woche fand in Michalkowitz eine Gemeindevertretersitzung statt. Nicht weniger wie 14 Punkte standen zur Beratung. Der Gemeindevorstand brachte den Antrag ein, die Schank- und Gastwirte mit einer 5 prozentigen Steuer für den Arbeitslosenfonds zu belegen. Der Antrag wurde abgelehnt mit der Begründung, daß vom Staat eine derartige Steuer für alle Wojewodschaften geplant wird. In der Schuldeputation wurden drei Vertreter neu gewählt. 40 Anträge auf Niederschlagung von Steuern wurden zur Prüfung einer Kommission übergeben. Von der Bausteuer befreit werden sollen alle Neubauten aus dem Jahre 1931 und 1932 mit Ausnahme von Bauten der Großbetriebe. Zur Ausschmückung der Gräber der Kriegsgefallenen wurden 164 Zloty bewilligt. Die Arbeiten sollen von Arbeitslosen ausgeführt werden. Eine Sachverständigenkommission stellte das unbewegliche Vermögen der Gemeinde mit 20 Millionen Zloty fest. Das neue Statut über Kanalisationsgebühren wurde angenommen. Die Gebühren sind auf 48 000 Zloty festgesetzt worden. Vertagt wurde der Antrag vom Kreisausschuß auf Streichung verschiedener Bauprojekte. Die hierbei ersparten Summen sollen ins Budget für das Jahr 1932-33 eingestellt werden. Einige Anträge wurden debattelos erledigt und diese Feriensitzung rasch und reibungslos zu Ende gebracht.

Myslowitz

Werden die Arbeitslosenküchen eingeschränkt? Seit letzter Zeit wollen in Myslowitz die Gerüchte nicht verstummen, daß die Küchen für die Arbeitslosen die Verteilung von Mittagessen bedeutend einschränken werden. In Anbetracht der ungeheuren Bedeutung dieser Küchen für die Erwerbslosen haben wir sofort versucht, etwas Näheres über diese Angelegenheit zu erfahren. Wie wir nun hören, beruhen alle Gerüchte über die Einschränkung der Küchen auf Unwahrheit. Das Hilfskomitee hat, trotzdem es mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, keine derartige Maßnahmen vorgesehen. Im Gegenteil wird es wohl notwendig sein, daß die Küchen noch erweitert werden, denn die Arbeitslosen drängen sich immer mehr zu den hier verteilten Speisen. Die Arbeitslosenküchen haben übrigens wieder einen großen Mehltransport von 17 500 Kilogramm erhalten. Das Mehl soll hier für die Erwerbslosen verbacken werden. —ek.

Janow. (Ein neuer Marktplatz.) Der schon vor längerer Zeit angefangene Bau eines neuen Marktplatzes in Janow ist schon sehr weit fortgeschritten. Der Platz, der zwischen der Landstraße und der Wilhelminehütte liegt, wird bald fertiggestellt sein. Sobald der letzte Spatenstich getan sein wird, wird das Gemeindeamt den ersten Markttermin angeben. Man hofft, daß der ganze Marktverkehr geregelter sein wird. —ek.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Einbrecher in einer Schmiede. Zur Nachtzeit wurde, mittels Einbrecherwerkzeug, in die Schmiedewerkstatt des Erich Musialik, unweit von Königshütte, ein Einbruch verübt und dort 1 Hammer, sowie Schmiedewerkzeug gestohlen. Der Schaden wird auf 100 Zloty beziffert. Den Einbrechern gelang es mit der Diebesbeute unerkannt zu entkommen. Vor Ankauf der Sachen wird polizeilicherseits gewarnt. x.

Bielschowitz. (Nächtlicher Einbruch in einen Kiosk.) In der Nacht zum 22. d. Mts. wurde in den Kiosk der Albine Bul, auf der ulica Glowna in Bielschowitz, ein Einbruch verübt. Die Täter stahlen dort u. a. Zuckerwaren, sowie mehrere Flaschen mit Wein. Der Schaden wird auf 150 Zloty beziffert. Die Polizei wurde von dem fraglichen Einbruch sofort in Kenntnis gesetzt, welche die Ermittelungen in dieser Angelegenheit einleitete. Im Laufe der Recherchen gelang es, zwei Personen festzunehmen, welche bereits mehrere Diebstähle am „Kerbholz" haben. Beide Täter sind in Schwientochlowitz wohnhaft. x.

Neue Steuern in Schoppinitz

Der Doppelname abgeschafft — Scharfe Debatten in der letzten Gemeindevertretersitzung

Die letzte Gemeindevertretersitzung in der Doppelgemeinde Rosdzin-Schoppinitz (von nun an heißt sie nur noch Schoppinitz) wies mehrere Debatten auf. Als eine Ortschaft, die wohl am meisten unter der furchtbaren Not der Arbeitslosigkeit zu leiden hat, ist hier

Schoppinitz am stärksten an der Lösung des Arbeitslosenproblems interessiert.

Nun, es ist schon sehr viel über die Erwerbslosigkeit geredet worden in den zahlreichen Sitzungen der Schoppinitzer Gemeindevertretung, aber das Problem wurde noch immer nicht gelöst. Es wäre aber Zeit, daß sich die Herren Gemeindevertreter wenigstens über den Ernst solcher Fragen klar werden. Wenn man die Arbeitslosigkeit wenigstens mildern will und nur in einer Ortschaft, dann muß sachliche Arbeit geleistet werden. Lange Debatten sind hier nicht angebracht.

Außer der drückenden Arbeitslosennot, standen noch andere Punkte auf der Tagesordnung. Vor allem wollte man sich über die

Pachtung des Giesche-Grundstückes

einigen, das zwischen den beiden Schoppinitzer Bahnhöfen liegt. Mit der Giescheverwaltung wurde nun schon seit längerer Zeit über einen Pachtvertrag, für das 28 500 Quadratmeter große freie Feld verhandelt. Endlich einigte man sich, die Pachtsumme von 20 Zloty pro Jahr für diesen freien Platz zu zahlen. Das Gelände soll der Jugend der Industriegemeinde zugute kommen. Man will hier nämlich Sportplätze und Tummelplätze anlegen, umgeben mit schönen Grünanlagen.

Bei dem nächsten Punkt der Tagesordnung, kam es zu einer heftigen Debatte, die auf den Zuschauer oft erheiternd wirken mußte. Es handelte sich um ein Bittgesuch des Komitees für körperliche Ertüchtigung, eines Komitees, über dessen Nützlichkeit nicht in allen Kreisen Einmütigkeit herrscht. Diese Arten von Komitees bestehen auch in anderen Ortschaften, und es hat schon oft unliebsame Streitigkeiten, wegen seines militärischen Charakters, unter der Bevölkerung gegeben. Nachdem nun in der letzten Gemeindevertretersitzung das Subventionsgesuch gegen die Stimmen der Sanierungsvertreter abgelehnt worden war, hat sich das Komitee an das Kattowitzer Landratsamt, den Gemeindevorsteher und die Gemeindevertreter, gewandt und die Bitte erneut ausgesprochen. Aus der scharfen Debatte, die sich über dieses Gesuch entspann, ist besonders die Kritik eines sozialistischen Gemeindevertreters zu erwähnen, der sagte, daß mit dem Unterstützungsgeld doch nur die Jugend und die Leute ertüchtigt würden, die bei den nächsten Wahlen ihre Gegner verprügeln können. Die Abwesenheit eines großen Teiles der Sanierungsvertreter gab dem Redner Anlaß, zu erklären, daß diese ihren Genossen im Sejm ähneln, die auch nie erscheinen, wenn sie wissen, daß ihr Antrag durchfällt.

Nun kam es zu dem schwierigsten Punkt der Tagesordnung: es sollten

Abhilfsmaßnahmen gegen die große Not

unter den Arbeitslosen und den Armen der Gemeinde getroffen werden. Die Gemeinde kann die hohen Unterstützungsgelder allein aber nicht mehr tragen und von außen kommt kein Geld ein.

Die Unterstützung soll erhöht, die Mittagessen müssen auf 2000 Portionen täglich gesteigert werden

—und zu allen diesen Notwendigkeiten fehlt Geld. Um wenigstens einen Teil des Geldes aufzubringen, sind neue Steuern notwendig. So soll die

Gebäudesteuer um einen 5prozentigen Zuschlag erhöht

werden. Trotzdem sich viele Gemeindevertreter gegen diesen Antrag aussprachen, da sie selbst Hausbesitzer sind, wurde der Zuschlag doch angenommen. Man sah aber auch diese Maßnahme noch als zu gering an und beschloß eine weitere Steuer. In den Restaurants der Ortschaft soll eine

allgemeine Getränkesteuer

erhoben werden, von der nur Milch und Bouillon ausgenommen sind. Die Steuer wird drei Prozent der Rechnungssumme betragen. Ein endgültiger Beschluß wird allerdings erst dann gefaßt werden, wenn der Gastwirtverband seine Stellungnahme zu dieser Steuer abgegeben haben wird.

Wie schon eingangs erwähnt, wurde der Doppelname Rosdzin-Schoppinitz, der ja nur als Uebergangsname, anläßlich des Zusammenschlusses der beiden Gemeinden angenommen wurde, abgeändert. **Man beschloß zum Schluß der Sitzung, die Doppelgemeinde nur noch Schopppinitz zu nennen.** —ek.

Pleß und Umgebung

Der Raubmord bei Nikolai aufgeklärt.

Wie bereits berichtet, fand man am 16. Juli in der Nähe des Dörfchens Goj bei Nikolai die bereits stark in Verwesung übergegangene Leiche des 36jährigen Arbeiters Josef Strzondala aus Goj. Die an Ort und Stelle vorgenommene Leichensektion ergab, daß der Tote einem Raubmord zum Opfer gefallen war. Die Leiche wies zwei Revolverschüsse auf. Die Frau des Toten erklärte, daß ihr Mann am 13. Juli unter Mitnahme von 200 Zloty angeblich nach Kattowitz gefahren und seitdem spurlos verschwunden gewesen sei. Ihren Aussagen setzte die Polizei berechtigte Zweifel entgegen, da sich im Dorfe das Gerücht verbreitet hatte, daß das Zusammenleben der Eheleute Strzondala sehr schlecht war. Bereits nach vier Tagen waren die polizeilichen Untersuchungen abgeschlossen.

Im Dorf erregte es ungeheures Aufsehen, als die Polizei am Sonnabend den Schwiegervater des Ermordeten, den 57jährigen Bergmann Josef Zydek, ebenfalls in Goj wohnhaft, als Täter in Haft nahm. Der Mittäterschaft wurde bezichtigt, der [illegible]jährige Bergmann Paul Janasik, der Liebhaber der Frau Strzondala. Weiter wurden verhaftet: die Schwiegermutter des Toten und Frau Strzondala, die gleichfalls an dem Mord, wenn auch unmittelbar, beteiligt waren. Am 12. Juli wurde der Tote von seinem Schwiegervater und Janasik trunken gemacht und nachher in den Wald gezerrt, wo Zydek seinen Schwiegersohn durch zwei wohlgezielte Schüsse, die Waffe gehörte Janasik, niederstreckte. Die ruchlose Tat geschah angeblich, um die Familie von einem Trunkenbold und Raufbold zu befreien. Alle vier Verhafteten, die geständig sind, wurden ins Gerichtsgefängnis nach Nikolai eingeliefert. Später sollen sie dem Gerichtsgefängnis in Kattowitz zugeführt werden. Höchstwahrscheinlich werden sie in kürzester Zeit vor das Standgericht gestellt.

Ober-Lazisk. (Vorsicht vor Policenschwindel!) Bekanntlich werden Anträge auf Verlängerung von Policen der Friedrich-Wilhelm-Versicherung nicht mehr angenommen. Trotzdem gibt es immer wieder Arbeiter, die auf einen solchen Schwindel hineinfallen. So wurde dieser Tage ein gewisser Franz Mischor um 660 Zloty für drei Policen erleichtert. Allerdings ließ der „Agent" seine Adresse zurück. Sie lautet: Karl Jackschik, Czerwionka, Furgulowa 19. Wir warnen unsere Bewohner von Ober-Lazisk auf derartige Geldforderungen einzugehen. Vorsicht ist die Mutter der Weisheit!

Smilowitz. (Ein eigenartiger Selbstmordversuch.) Der Chauffeur Paul aus Smilowitz versuchte aus Liebeskummer seinem Leben auf eigenartige Weise ein Ende zu machen. Er bestieg sein Auto und auf der Chaussee zwischen Smilowitz und Nikolai fuhr er absichtlich in schnellster Fahrt gegen einen Chausseebaum. Mit einem Schädelbruch und anderen schweren Verletzungen wurde B. ins Nikolaier Krankenhaus geschafft. Das Auto wurde vollkommen zertrümmert. In einem an die Eltern hinterlassenen Brief bat der junge Mann um Verzeihung für seine Tat und hinterließ seiner Schwester ein schwarzes Kleid, das sie zu seiner Beerdigung tragen sollte. Trotz seiner schweren Verletzungen hoffen die Aerzte jedoch ihn am Leben erhalten zu können.

Rybnik und Umgebung

Die Arbeitslosen verlangen ihr Recht.

Während einer Germeindevertretersitzung in Preißwitz drangen ca. 80 Arbeitslose in den Sitzungssaal und riefen nach Brot. Auf die Erklärung des Gemeindevorstehers, daß ihm zu irgend welchen Unterstützungen die Mittel fehlen, beruhigten sie sich nicht. Erst, als ihnen, auf einstimmigen Beschluß der Gemeindevertretung, Gutscheine im Werte von 2 Zloty ausgehändigt wurden, waren sie zufrieden und verließen den Saal. Nach halbstündiger Unterbrechung konnte die Sitzung fortgesetzt werden.

Von Hanns Gobsch

Wahn-Europa 1934

85)

Stöhnen, Wimmern, Fluchen, Beten, Gelächter Tobsüchtiger: ferne Erinnerungen an gotterschaffene Wesen. Zwischen flockigen Wolkenbergen zieht grün und hämisch der Mond seine unbeirrbare Bahn. Sein Herz ist längst erkaltet. Was geht ihn auch die Erde an, deren Bewohner sich gegenseitig zerfleischen!

Nebeneinander, übereinanedr hocken drei Millionen auf Trottoiren, auf Fahrdämmen, auf und unter dem Gewirr von Fahrzeugen, kleben auf Treppen, pressen sich in naßkalte Mauern, pferchen sich in Kellern zusammen, in Fabriken, hängen auf den Firsten der Dächer.

Menschendreck, vom Schicksal auf den Kehrichthaufen gefegt. Vom Schicksal oder von . . . Ja, von wem nur! Von wem . . .!

*

Am Quai d'Orsay sitzt seit zwei Stunden vor dem Telephonapparat ein Zermürbter, Gehetzter, der seine letzten Kräfte zerbröckeln fühlt.

Herr über Frankreich — und doch ein zur Machtlosigkeit Verurteilter. Wer wird Meister eines stürzenden Vierzigmillionenstromes!

Zwei Stunden hat er ohne Unterbrechung seine Befehle und Weisungen ins Land geschickt. Telephonisch ging Depesche um Depesche an die Funkstation, an die Präfekten und Militärbehörden. Der Generalstreik ist fast nur noch traumhafte Erinnerung. Wer denkt in diesem Augenblick an politischen Umsturz! Giftgasgeschwader über Frankreich! Das Volk sieht die Sintflut herangeistern.

Brandt läßt den Hörer kraftlos niederfallen. Auch ein Starker kann nicht Unmögliches leisten.

Er stöhnt in die Fäuste. Stolzes Volk, das hinstirbt. Kein Titan wäre imstande, den Vulkan jetzt wieder zuzuschütten. Gesetz und Ordnung sind lächerliche Phantome geworden. Die Grauen, unter denen sich jetzt Paris windet, durchleidet im Augenblick auch Lyon. Der Gouverneur von Lyon telephonierte soeben mit zerbrochener Stimme. Giftbombe auf Giftbombe saust dort unten im Süden auf das Tal der Rhone. Die Luftabwehr scheint jämmerlich zu versagen. Mit Marseille ist überhaupt keine Verbindung zu bekommen. Die Flugwachstationen bei Orleans und Troyes haben vor drei Minuten starke italienische Angriffsgruppen gemeldet. Ueberall hat der Gegner die Luftbarrieren durchbrochen. Oben in der Dunkelheit der Luft sind keine fortlaufenden Schützengräben und Forts aufzumauern! An einem Punkt muß der Angreifer immer stärker sein als die Abwehr.

Und drüben, jenseits der Alpen, ist ein andres edles Volk in Auflösung. Rom, Mailand, Florenz . . . alle erleiden jetzt das gleiche Golgatha. Nacht des Grauens. Nacht menschlicher Untaten! Menschlicher Selbsterniedrigung! Auf wessen Gewissen türmt sich die Schuld . . . Der Generalstreik, der dem Aufruhr das Tor sperrangelweit öffnete? Berechtigte Notwehr getretener Völker! Das Hetzmanifest der Landrux? Die Folge jahrhundertealten und natürlichen Hasses! Trotzdem, diese rothaarige Kanaille! Aber hatte Capponi nicht längst das Spiel gemischt? Mußte er nicht den letzten Trumpf hinwerfen, weil er wußte, daß Leon Brandt jeden Friedensbrecher zu Tode hetzen würde? Ah — dieser Römer! Jetzt hetzte er sich selbst in den Untergang! Ja, Untergang . . .! — Brandts Faust schlägt bekräftigend auf den Tisch.

Die Telephonglocke rasselt. „Flughafen Le Bourget!" Die Stimme Larojues tönt in Brandts Ohr. „Wir starten jetzt. Meine Jagdstaffel ist auf Troyes angesetzt. Proussant ist auch dabei. Du fehlst als dritter Kampfgenosse! Ich mußte vorher noch einmal deine Stimme hören, lieber Brandt . . ."

Die Worte gurgeln Brandt tief in der Kehle. „Lebt wohl, Freunde . . . Gut habt ihr's . . . gut . . . lebt wohl . . ." Er hängt hastig ab, steht schwankend auf.

Ja, gut haben sie's, Laroque und Proussant — —! Sie werden nicht zurückkehren. Die beiden kennen keine Kapitulation. Wie zwei Adler werden sie den Feind ins Genick fahren . . . irgendwo werden sie mit zerschmetterten Gliedern ihre Seelen aushauchen . . . Und er, Leon Brandt, alter Kampfflieger, ist gefesselt an diese verfluchte Erde . . . Flucht! Flucht aus diesem dreimal verfluchten Leben . . .!

Er starrt zur Tür, die sich langsam öffnet. Im Schein der drei Wachskerzen, die mit steilen Flammen im Tischleuchter brennen, kommt Germaine auf ihn zu. Ihre Gestalt wirft einen Riesenschatten an die Wand. Germaine . . . die seit zwei Stunden nebenan gesessen und Totenwacht hielt beim stummen Broucq . . .

„Alle Beamten scheinen aus dem Ministerium zu flüchten . . . draußen im Gang stehen nur noch einzelne Posten . . . Wollen Sie allein hierbleiben, Brandt? Ich habe im Nebenzimmer Ihre Telephongespräche gehört . . ."

Er faßt nach ihren Händen. „Was wollen Sie hier, Germaine . . . Sie haben keine Gasmaske . . . hier, nehmen Sie meine Maske . . . In einer halben Stunde kann der feindliche Luftangriff erfolgen . . ."

„Mein Leben ist nicht wichtig! Aber Sie werden gebraucht! Nie war Ihr Leben wichtiger als jetzt. Der Luftangriff wird abgeschlagen werden, ich habe keine Furcht. Morgen ist das Schlimmste überstanden. Wer soll den Mord beenden wenn nicht Sie! Lassen Sie mich hierbleiben, ich käme ja in dem Chaos nicht drei Schritte weit . . ."

Brandt hat gequälte Tieraugen. „Niemand hilft, Germaine! Ich auch nicht . . . Verzig Millionen Franzosen irren durchs Land. Kannst du mit inneren Augen sehen? Siehst du die Hunderttausenden, die Millionen, die jetzt wie gepeitschte Kreaturen ziellos durch Frankreich geistern, aus Savoyen, aus der Provence und der Dauphine, aus dem Languedoc! Die Bourgogne und Auvergne speien ihre todgeweihten Massen aus Städten und Dörfern! Volk auf der Flucht! Hörst du das Todesröcheln in Paris? Zehn Bomben in diesen irrsinnig gewordenen Klumpen von Menschenfleisch! Anarchie! Morgen ist Frankreich Ruine und Wildnis! Hungernd und mordend stürzen sich die Bestien morgen aufeinander. Wer soll da helfen! Das geht über Menschenkraft. Morgen beginnt der Krieg aller gegen alle!

(Fortsetzung folgt.)

Bielitz, Biala und Umgegend

Bielitz und Umgebung

Die Kopfjäger des Dritten Reiches.

Der Nationalsozialismus hat es in Deutschland fast schon so weit gebracht, daß einem der Weltkrieg mit seinen Granaten und Generalen, mit seinen Greueln und seinen Weihwedeln, die sich segnend darüber senkten, wie eine Idylle vorkommt. Was war der Kampf mit Bomben und Minenwerfern, was war ein Gasangriff, ein Nahangriff gegen die hinterlistige Mordpest der Hitler-Leute? Und was waren die schwarzen Teufel, die Neger Innerafrikas, die Frankreich gegen die deutschen Soldaten mobilisiert hatte, gegen den Sturmführer der Nazi, von dem ein amerikanischer Journalist, wie die „Weltbühne“ berichtet, folgendes erzählt: Der amerikanische Journalist hatte sich zu einer Unterredung bei einem bayrischen Sturmführer eingefunden. Auf dem Arbeitstisch des Bandenführers lag unter einem Glassturz ein Stein und eine vertrocknete Rose. Am Ende der Unterredung fragte der Journalist nach der Bedeutung dieser sonderbaren Symbole. Und erhielt folgende Antwort: Mit dem Stein habe ein Kommunist nach ihm geworfen und ihn an der Stirn getroffen. Eine unbedeutende Narbe war von diesem Steinwurf zurückgeblieben. Und die Rose? Ruhig, zufrieden lächelnd antwortete der Nazimann: „Die habe ich einige Zeit später vom Grabe dieses Kommunisten gepflückt...“ War solches im Krieg möglich? Nein, denn vor den Gräbern der Toten, auch wenn es „Feinde“ waren, senkten sich die Fahnen. Den Gegner zu ermorden und dann sein Grab zu schänden — das blieb den Hitler-Leuten vorbehalten. Noch einen Schritt und die Braunhemden, die Kopfjäger des Dritten Reiches, werden mit den Skalpen der von ihnen ermordeten Arbeiter am Gürtel zu den Versammlungen ziehen.

Direktor des Elektrizitätswerkes in Urlaub. Der Direktor der Elektrownia Bielsko-Biala Sp. Akc. in Bielsko, Herr Ing. Jerzy Blay, tritt am 25. d. Mts. seinen Erholungsurlaub an. Während seiner Abwesenheit wird Herr Direktor Blay durch den Prokuristen der Gesellschaft, Ing. Edmund Gontkiewicz vertreten

Unfall durch Explosion einer Handgranate. Der 14jährige Kuhhirt Stanislaus Duraj aus Mikuszowice hat am 22. Juli l. Js. am Exerzierplatz dortselbst eine Handgranate gefunden und manipulierte mit derselben so unglücklich, daß sie explodierte. Hierbei wurden ihm die Finger an beiden Händen verstümmelt und er erlitt auch Verletzungen am Körper. Die Militärverwaltung sollte mehr darauf achten, daß Geschosse und dergl. nach den Uebungen nicht liegen bleiben. Der Verletzte wurde in das Bielitzer Spital überführt.

Fahrraddiebstahl. Adolf Wilk aus Czechowice hat am 22. 7. um 12,30 Uhr sein Fahrrad, Marke „Panstwowa wytwornia uzbrojenia w Warszawie“, schwarz lackiert mit nach oben gebogener Lenkstange, ohne Bremse, im Werte von 180 Zloty, vor dem Gebäude der Krankenkasse in Czechowice unbewacht stehen gelassen. Das Fahrrad wurde ihm gestohlen. Der Dieb ist in unbekannter Richtung mit demselben entkommen.

Wohnhausbrand in Straconka. In der Nacht zum Samstag, den 23. Juli brach aus bisher nicht festgestellter Ursache in dem Wohnhaus des Johann Lenkawa in Straconka ein Feuer aus, welches das Wohnhaus und die Scheune sowie Schuppen vernichtete. Der Schaden beträgt mehrere tausend Zloty.

Diebstahl. In der Nacht am 23. Juli l. Js. ist ein unbekannter Täter in das im Souterrain des dem Johann Mikler gehörigen Hauses Nr. 12 in Oberkurzwald eingebrochen und hat dort mehrere Kleidungsstücke und 113 Zloty Bargeld gestohlen. Des Diebstahls verdächtig ist ein gewisser Josef Sliwka aus Oberkuruzwald ohne ständigen Aufenthalt. Er wurde im Hofe des Hauses von mehreren Leuten gesehen. Die Polizei fahndet nach ihm, bisher jedoch vergebens.

Sonnenbrand.

Die Hitze hat zu plötzlich eingesetzt diesmal, sie hat unsere Bleichgesichter gründlich erwischt, es waren nicht viel Sonnenstrahlen vorher gewesen, uns vorzubereiten. Nun haben auch die den Sonnenbrand, die sonst mit einer sich gleichmäßig und langsam bräunenden Haut protzen können.

Mit einem leichten Spannen um Mund und Nase fing es an. Man konnte plötzlich nicht mehr lachen, man schnitt Grimassen — teils sah es nur so aus und teils tat es schon wirklich weh.

Zu Hause wurden schnell Körperpuder und Fett benutzt. Aber es half nicht mehr. Die Nacht wurde schmerzhaft. Außen brennt die Haut, als ob sie alle Wärme wieder ausstrahlen wollte, die sie empfangen hat. Wie der Mond nachts das Licht widerstrahlt, das er von der Sonne bekommt. Man legt sich — ja wohin legt man sich? Auf den Rücken — geht nicht, weil der Nacken verbrannt ist. Seite — geht ebenfalls nicht, weil die Arme brennen. Und auf dem Bauch kann man nicht liegen, weil die Oberschenkel weh tun. Dann liegt man mal so, mal so, dreht sich von Zeit zu Zeit vorsichtig um und schreit doch dabei, weil die Haut bei jeder Bewegung zu reißen droht.

Ein Glück, am Morgen ist es besser! Aber nun hat die Haut wirklich zu reißen angefangen. Etwas Rotes, Rohes wird sichtbar. Die zweite Schicht, ebenfalls noch angebrannt, feucht und empfindlich wie Frischgeborenes. Die alte Pelle löst sich in Fetzen, die bald dunkelschmutzig aussehen, bald, mit wässrigen Absonderungen vermischt, eine schorfige Masse bilden. Man gibt es auf, in den Spiegel zu sehen, man ist keine Schönheit mehr, die Mitmenschen werden grinsen und sich abwenden. Nur kein Rendezvous in der nächsten Woche! Man sieht auch viel älter aus als sonst. Da sind die gehässigen Sonnenstrahlen zwar tüchtig in die glatte Haut, nicht aber in die ersten kleinen Fältchen eingedrungen, die sonst kaum zu sehen waren. Jetzt strahlen sie weiß und deutlich als Altersnetz im Gesicht.

Da fällt das letzte Stückchen Pelle. Und das Gesicht erstrahlt in Frische, man fühlt sich jung wie eine Schlange, die sich gehäutet hat, das alte Zeug liegen läßt und vergnügt in den Sommer eilt.

So wird man es am nächsten Sonntag wieder tun! Ein bißchen vorsichtiger als beim ersten Mal, aber nun ist die Haut auch schon an so viel Sonne gewöhnt. Der Schmerz ist vergessen. Sonnenbrand? Kennen wir gar nicht! Wir werden immer gleich schön braun!

Im Zeichen der „moralischen Abrüstung“

Es ist nicht lange her, als die Leiter der polnischen ausländischen Politik in Genf mit dem Projekt einer internationalen moralischen Abrüstung in Genf gekommen sind.

Die Presse, das Theater, das Radio, Kino — alles soll laut diesem Projekt der Propaganda für den internationalen Frieden dienen. Laut diesen Grundsätzen soll man die Wahrheitsfälscher, die Berufskriegshetzer, als die größten Feinde der Menschheit stempeln und mit Strafen verfolgen. Es ist nicht viel Zeit seitdem verflossen. Und da haben wir einen eigenen Strafkodex, eine grundsätzliche Enuntiation des Staatsgedankens, welche nicht minder einen Widerhall findet, wie das polnische Projekt der moralischen Abrüstung.

Wir stöbern in den Blättern des Gesetzbuches und suchen nach dem in Genf angekündigten Blitzschlag für den zur Bestie gewordenen Chauvinismus. Statt des Blitzschlages finden wir jedoch Kugeln für die Pazifisten.

Der Artikel 104, § 1 lautet: Wer zum Zwecke der Verteidigungsgeistes der Bevölkerung während des Krieges oder zurzeit eines drohenden Krieges Nachrichten verbreitet, welche imstande sind, diesen Geist zu schwächen, **wird mit Gefängnis bestraft.** Ist das möglich? Ist das logisch denkbar, daß dieselbe Körperschaft, welche dem Projekte der moralischen Abrüstung die Vaterschaft verleiht, welche den Pazifismus als Erlösung der Völker anerkennt, über den Köpfen der Vertreter dieser Anschauung im eigenen Lande, die Peitsche schwingt.

In einer solchen Interpretation dieser Vorschriften gibt es entschieden keine Aufbauschung. Wer die Psychose der Kriegszeiten kennt, ihre gedankenlosen blinden Strafverfolgungen, der weiß, wieviel Köpfe ein solcher Artikel 104 rollen läßt. Auch wessen Köpfe.

Betrachten wir das noch einmal: Wer zurzeit eines drohenden Krieges, den Geist der Verteidigung der Bevölkerung schwächt, wird mit Gefängnis bestraft. Was bedeutet das: zurzeit des drohenden Krieges?

Wer wird diese Zeit bestimmen? Wann wird diese Zeit eintreten? Sollte hierfür die Regierung maßgebend sein, dieselbe Regierung, welche ihre aufgeblähten Militärbudgets, welche stets wachsen, mit der Kriegsgefahr begründet — so ist diese Drohung ein ununterbrochener Zustand. Wir durchleben die Zeit eines drohenden Krieges schon seit Jahren ohne jede Unterbrechung. Wir stecken in dieser Zeit der kapitalistischen internationalen Verhältnisse, wie ein Schwamm in der Erde. Bedeutet das nicht, daß die Vorschrift des Artikels 104, ein ewig offener Weg zum Gefängnis ist?

Das Vergehen gegen diesen Artikel soll in Schwächen des Verteidigungsgeistes der Bevölkerung liegen. Welcher Inhalt ist in dieser juristischen Falle versteckt?

Wir wiederholen, was es bedeutet, in jener Zeit wo es noch keinen Krieg gibt, den „Verteidigungsgeist“ zu schwächen, wenn man den Ausbruch des Krieges verhindern und man ihn nichtig machen, zu einem solchen nicht zulassen kann. **Wird das nicht alles in der ausgebreiteten Anklage wegen Artikel 104 Platz finden.**

Der Artikel 104 ist ein sehr klares Symbol des lauernden Militarismus. Er ist Gefahr für die Tätigkeit unserer Pazifisten.

Das sozialistische Lager wird dennoch die Fahnen der moralischen Abrüstung und des Friedens niemals und unter keinem Druck versorgen. Dr. Josef Loos (Naprzod).

Zwei Minuten Aufmerksamkeit.

Vor uns ein unheimliches Bild: aufeinandergehäufte Massen Beton, Stein, Eisen, Staub und Qualm durchziehen in Kreisen die Luft und düstern den Anblick. Unablässiges Pochen, Hämmern, Surren, Sausen, Pfeifen kündet uns der Herzschlag der Stadt. Das ist die Stadt, unsere Heimat aus Stein und Armseligkeit. Unsere Heimat? Können wir in ihr Wurzel fassen, haben wir sie gestaltet, trägt sie das Merkmal unseres Willens, unserer brennenden Hoffnung? Nein, noch ist sie unser Gefängnis, engt unsere Sehnsucht ein, wurde uns als Stätte der Fron zugewiesen.

Wir suchen die Heimat! Sehnen uns nach Verbundenheit mit der Erde, deren Fruchtbarkeit wir mit Entzücken erleben.

Wo gibt sich uns die Heimat, wo die Urquelle aller Verbundenheit des Lebens? Junge Menschen, junge Arbeiter der Hand und des Kopfes, blickt hinaus in die Weite, unverhüllt von Qualm und Dunst: vor uns liegt im unbeschreiblichen Glanze aller Schönheit die Landschaft!

Merkt wohl auf: ihr seht eure Heimat. Die Natur ist sie, unsere unverwelkbare, alle Kräfte erneuernde Urheimat. Darum strebt unsere Sehnsucht zu ihr, darum eilen wir beschwingten Fußes in ihren reichen Garten. Und sind viele noch bekümmert und viele kleinmütig ob des Weges, seht, euch wird der Weg gewiesen, treue Bruderhand führt euch den guten Pfad: Die Naturfreunde sind es, die Wandergemeinschaft der arbeitenden Menschen, sie geben dem Proletarier mit neuerworbener Naturliebe Freude, Gesundheit und Selbstvertrauen wieder.

Junge Menschen sind schönster Teil der Natur, darum erlebt eure Jugend in der Natur. Wandert hinaus durch Berg und Tal, genießt das Glück, der Natur Geheimnisse abzuhorchen, erhebt euer Gemüt im Erkennen der Allverbundenheit im Werden und Vergehen.

Früh werdet ihr in das Getriebe des Erwerbslebens gezwungen, ein Heer von gefährlichen Feinden bedroht eure jungen Körper und Herzen.

Kräftigt euch in der Berührung mit der Natur und ihren Erscheinungen, im Kampf mit den Widerständen in und um euch.

Naturverbundene Jugend! Schönstes und edelstes Ziel junger Arbeiterschaft. Das wehrt von sich die Geißel des Alkohols und des Nikotins, verachtet das seichte, erniedrigende Vergnügen der Gasse, denn heilig wird der gesunde, schöne, gestählte Körper und heilig das für alles Edle begeisterte Gemüt: den Sozialismus zu erkämpfen.

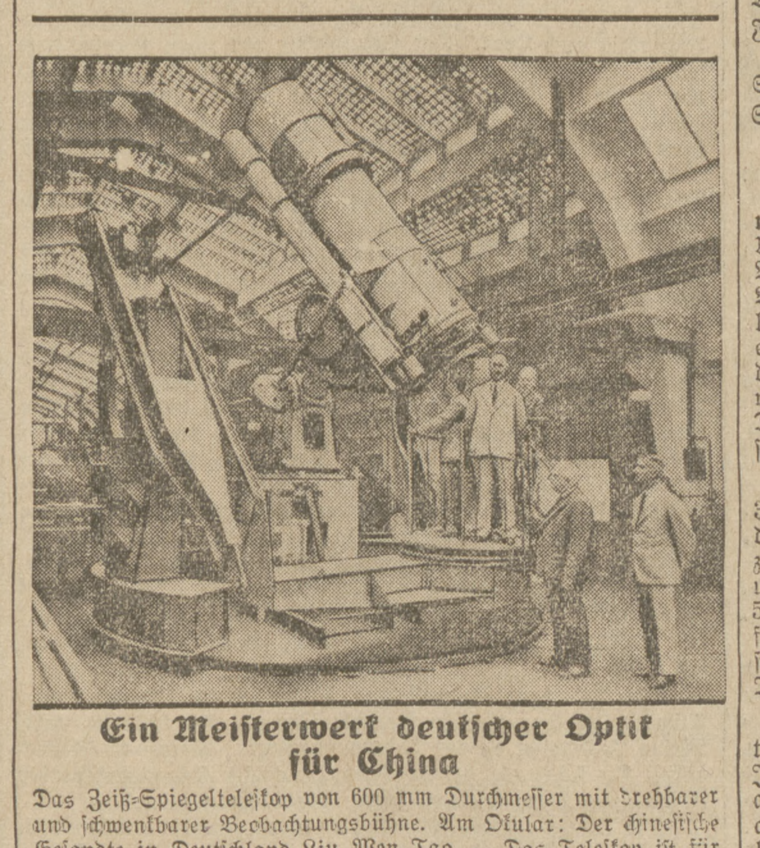
Werdet Naturfreunde! In den meisten Ländern Europas, aber auch in Amerika und Australien haben die Naturfreunde ihr Banner wehen.

Sie bieten euch Unterkunft und Rast in über 400 Schutzhütten, sie geben euch Gelegenheit, in Lehrgängen, Vorträgen, Arbeitsgemeinschaften euer Wissen um die Natur zu verbreitern, vielfach sind euch ermäßigte Bahnfahrten ermöglicht.

Zögert nicht, junge Proleten, werdet unsere Wanderkameraden, schließt die frohen Reihen der Naturfreunde.

Eilt hinaus ins Freie so oft ihr könnt! Das Wandern erhält den Geist frisch, den Körper gesund und kräftig.

Die besten und die billigsten Heilmittel, die ihr haben könnt, sind Sonne, frische Luft und Bewegung.



Ein Meisterwerk deutscher Optik für China

Das Zeiß-Spiegelteleskop von 600 mm Durchmesser mit drehbarer und schwenkbarer Beobachtungsbühne. Am Okular: Der chinesische Gesandte in Deutschland Liu Wen Tao. — Das Teleskop ist für die neue Sternwarte bestimmt, die auf dem Purpurhügel bei Nanking errichtet wird.

Handballecke

Der Bezirksausschuß für Handballspiele gibt bekannt, daß die Bundesmeisterschaft im Handballspiel im Bezirk Bielsko am 1. August beginnt. Alle Handballvereine, die zu den Meisterschaften antreten, möchten ihre Meldung bis Montag, den 25. d. Mts. abgeben. Spätere Meldungen können nicht berücksichtigt werden. Alle Spieler müssen zu den Meldungen Photographien haben und im Z. R. S. S. gemeldet sein.

Der Bezirksausschuß ersucht daher alle am Orte anwesenden Handballvereine ihre Delegierten zu der am Montag, den 25. Juli d. Js. um 7 Uhr abends im Arbeiterheim Bielsko stattfindenden Sitzung zu entsenden. Dortselbst wird Näheres über die Meisterschaften bekanntgegeben werden.

Alle geprüften Schiedsrichter haben zur Sitzung ebenfalls zu erscheinen. Der Bezirksspielwart.

Wo die Pflicht ruft!“

Wochen-Programm des Vereins Jugendl. Arbeiter, Bielsko.

Montag, den 25. Juli, 4 Uhr: Handballtraining.

Dienstag, den 26. Juli, 6 Uhr: Bezirksvorstandssitzung. 7 Uhr: Gesangstunde im „Tivoli“.

Mittwoch, den 27. Juli, 5 Uhr: Mädchenhandarbeit.

Donnerstag, den 28. Juli, 4 Uhr: Handballtraining.

Freitag, den 29. Juli, 7 Uhr: Theaterprobe und Jugendspiel.

Samstag, den 30. Juli, 5 Uhr: Revision.

Sonntag, den 31. Juli, 1 Uhr: Abmarsch nach Kamitz zum 20jährigen Gründungsfest der jugendlichen Arbeiter.

Achtung Vorstände und Vertrauensmänner aller Gewerkschaften! Mittwoch, den 27. Juli 1932, findet um ½5 Uhr nachmittags im großen Saale des Arbeiterheimes in Bielsko, eine äußerst wichtige **Konferenz aller Vorstände und Vertrauensmänner der Gewerkschaften statt.** Da der Einlaß zu der Konferenz nur gegen Einladungen gewährt wird, ersuchen wir die Vertrauensmänner und Vorstandsmitglieder, sich rechtzeitig um die Einladungen zu bekümmern, welche in den Gewerkschaftssekretariaten verteilt werden. Das Erscheinen aller ist unbedingt notwendig. Die Gewerkschaftskommission.

Verein jugendl. Arbeiter Kamitz. Am Sonntag, den 31. Juli 1932 veranstaltet obengenannter Verein im Garten des Gemeindegasthauses in Kamitz sein **20jähr. Bestandsfest** zu welchem alle Genossen und Genossinnen sowie Freunde und Gönner auf das herzlichste eingeladen werden. Eintritt 50 Groschen pro Person. Beginn 2 Uhr nachm. Außerdem findet ein Preiskegelschieben am 17., 24. und 31. Juli l. J. statt. Sämtliche Brudervereine werden ersucht, sich diesen Tag freizuhalten. Der Festausschuß.

Voranzeige. Die Vereine jugendl. Arbeiter veranstalten am 21. August l. J. in Lipnik (2 Minuten oberhalb dem Jägerhaus) ein Bezirksjugendtreffen zu welchem schon jetzt alle Parteigenossen und Mitglieder der Gewerkschaften sowie aller soz. Kulturvereine herzlichst eingeladen werden. Sämtliche Organisationen werden ersucht an diesem Tage keine Festlichkeiten zu veranstalten und sich an diesem Treffen zu beteiligen. Das Komitee.

Vom Kloster zum Frauenzuchthaus

Reportage aus dem neuen Spanien

Das Frauenzuchthaus der Provinz Madrid ist eine der wenigen spanischen Strafanstalten, in der Viktoria Kent, jene Frau, die bei der spanischen Revolution zur Präsidentin des Strafvollzuges ernannt wurde, ihr Reformprogramm durchführen konnte. Viktoria Kent will u. a., daß die Gefängnisse in eine Art sozialer Schulen umgewandelt werden. Mangel an Mitteln, bürokratische Schwierigkeiten, gewisse politische Widerstände hemmen ihren Weg. Aber die Strafanstalt in Alkala kann im ganzen bereits als Musteranstalt gelten. Es ist zu hoffen, daß es ihrer bald mehr geben wird.

Alkala de Henares liegt dreiviertel Stunden entfernt von der Hauptstadt: ein kleines Städtchen, das im Mittelalter die berühmteste spanische Universität beherbergte. Auch Spaniens größter Dichter, Cervantes, hat hier gelebt und den Ruhm des Ortes in die Welt getragen. Heute ist Alkala die Stadt der Kasernen, der bettelnden Kinder und der Gefänignisse. Am Bahnhof bereits bemächtigte sich meiner eine Schar Halbwüchsiger, die mich durch das ganze Städtchen hartnäckig verfolgte.

Schon einmal, 14 Tage vorher, war ich in Alkala, um das Zuchthaus zu besichtigen. Aber man verweigerte mir, trotz guter Empfehlungen, den Eintritt, denn im Haus gab es eine kleine Revolte: die Nonnen, die bisher im Gefängniswesen arbeiteten, sollen laut Republik-Verfassung von Laien-Aufseherinnen abgelöst werden, und gerade an diesem Tag waren die ersten Laien-Aufseherinnen im Amt. Natürlich ließen die Nonnen die günstige Gelegenheit — statt 14 Nonnen traten nur vier Laienschwestern ein — nicht nutzlos verstreichen, die Gefangenen aufzuhetzen und das große Durcheinander wäre durch den Besuch eines Journalisten nicht gerade gemäßigt worden. Soweit wenigstens die Erklärungen des Zuchthausdirektors, der mich diesmal mit betonter Liebenswürdigkeit durch das Gebäude führte.

Ehemals war hier ein Kloster. Altäre an allen möglichen und unmöglichen Orten zeugen davon noch heute. Ein heller Außenhof, mit Blumen und Bäumen überrascht angenehm. Aber gleich dahinter sieht man ein Gebäude, dessen lange Korridore und Eisentreppen, von keiner Mauer geschützt, sich in den Hof öffnen: das Zellengefängnis. „Im Winter ist es eiskalt hier," sagt der Direktor, „der Wind pfeift durch, Oefen haben wir nicht, aber vielleicht können wir wenigstens, wenn wir Geld bekommen, eine Mauer vorbauen." 900 Gefangene nimmt das Gebäude auf, augenblicklich sind nur 50 da. Wir steigen sauber gescheuerte Steintreppen im alten Klosterhaus hinauf, kommen in einen riesigen Schlafsaal. Hier schlafen alle Gefangenen, außer denen, die „sich schlecht führen", und den Neuankömmlingen, die etwa 8 bis 14 Tage in der Zelle zu bleiben haben. Frauen in Anstaltskleidung grüßen freundlich, öffnen uns die Tür zu einem kleinen Raum, in dem Kinder spielen. Drei bis sechs Jahre sind sie alt, drei Mädels und ein Junge. „Kinder unserer Gefangenen", erklärte der Direktor. „Bis zum siebenten Jahre bleiben sie hier. Die Frauen haben keine Angehörigen, entsprechende staatliche Heime für die Kinder gibt es nicht, also behalten wir sie hier. Tagsüber werden sie von einer Pflegerin beaufsichtigt, die mit ihnen spielt, sie füttert. Die Mütter sehen sie täglich in der Freizeit, an Sonn- und Festtagen haben sie sie den ganzen Tag um sich." Das Jüngste weint kläglich. „Es ist erst zwei Tage hier," sagt die Pflegerin, die es auf den Arm nimmt, „es bangt noch nach der Mutter..."

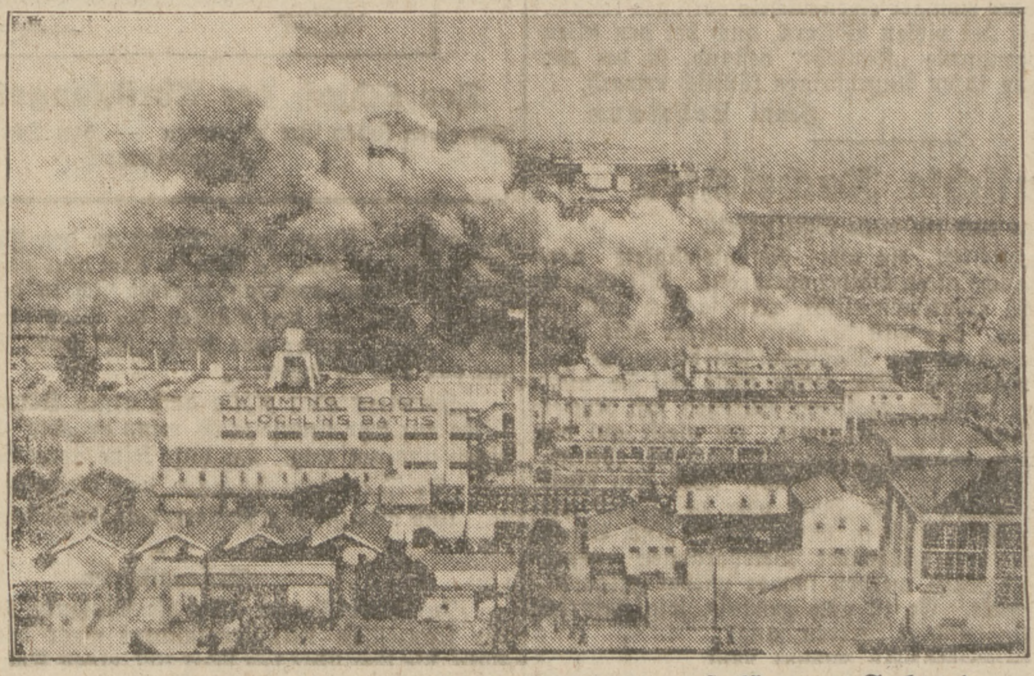
Im Arbeitsraum sitzen die Gefangenen, meist Frauen vorgeschrittenen Alters; verurteilt sind sie wegen Diebstahls, einige auch wegen Mordes. Sie nähen Laken, Säcke, machen Stick- und Strickarbeiten. Für den Sack bekommen sie 15 Centimes, der Durchschnittsverdienst einer geschickten und fleißigen Arbeiterin beträgt zirka 50 Pesetos pro Monat. Verschiedenfarbige Holzmarken am Kleid bezeichnen die Führungsstufe. Wer sich besonders gut geführt hat, kann auf eigene Rechnung arbeiten oder Sachen für sich anfertigen. Es werden Strümpfe gestrickt, Hosen genäht, denn: der spanische Staat liefert seinen Gefangenen zwar die Kleider, Hemden und Alpargates (Leinenschuhe), dafür aber müssen Hosen und Strümpfe oder gar Unterröcke als Luxusgegenstände von Gefangenen selbst gehalten werden.

Eine Zigeunerin ist unter den Frauen. Aus Eifersucht hat sie eine Nebenbuhlerin mit Vitriol verbrannt, nun muß sie drei Jahre absitzen. Sechs Monate hat sie schon hinter sich. Wenn sie sich die Woche über gut geführt hat, darf sie am Sonntag singen. „Lassen Sie sie jetzt etwas singen, Herr Direktor, damit die Dame sie hört," bettelt es von allen Seiten. Aber der Direktor erlaubt es nicht. Enttäuscht gehen die Frauen wieder an ihre Arbeit.

Fast alle sind Analphabetinnen. Es werden täglich zwei Schulstunden abgehalten: Lesen, Schreiben, Rechnen. Die Aufseherinnen, meist geprüfte Lehrerinnen, müssen den Unterricht erteilen. Nur Frauen über 45 Jahre sind davon befreit. Aber auch die jüngeren lernen schwer — nur selten lernen sie mehr, als ihre Namen zu schreiben. Eine Bibliothek besitzt das Gefängnis gleichfalls, aber Bücher werden kaum verlangt. Auch für die, die lesen können, ist das zu anstrengend. Liest aber einmal eine Gefangene besonders gern und gut, so darf sie den anderen vorlesen.

Der Direktor führt mich ins Zellengefängnis hinüber. Wie Krankenzimmer wirken die Zellen. An weißen Wänden ein weißgedecktes Bett, ein Stuhl, ein Nachttisch, Kleiderständer. Aber die Gefangenen des Zellengefängnisses sind keineswegs in ihren Zellen eingeschlossen. Sie stehen, Strümpfe strickend, Tücher stickend, miteinander schwatzend, von einer Aufseherin betreut, vor den Zellentüren im Korridor. Sie begrüßen uns, als seien wir ihre besten Freunde. Eine alte Frau erzählt mir ihr Schicksal. Sie stammt aus dem Norden Spaniens, aber sie will nicht sagen, aus welchem Dorf. Sie hat eine Nachbarin, die auf dem Markt ihre Ware zu billigerem Preis verkauft hat, halbtot geprügelt, darum sitzt sie hier. Nächste Woche darf sie fort. Zum Mittagessen, von einer Gefangenen zubereitet, gibt es „Cocido", das spanische Nationalgericht, weiße Bohnen mit Rindfleisch, Speck und Kartoffeln. Vorher Nudelsuppe und ein Brot und Nachtisch. Nach dem Essen sitzen die Gefangenen eine Stunde in der Sonne und spielen mit den Kindern. Zum Rundspaziergang sind nur Aufsässige und Neueingelieferte verpflichtet. Zuletzt werde ich in einen Raum geführt, der ein riesiges Warenlager und Verkaufstische enthält. Alles, von Parfüms, Seifen, Schminken, bis zu Wein, Würsten, Schokolade und Kleidungsstücken wird hier von einer Nonne an die Gefangenen verkauft. Sie erhalten von der Anstaltsleitung Bons, zu je 5 Peseten. Diese Bons sind in kleine Felder von je 25 Centimes eingeteilt. Je nach dem Wert der gekauften Ware wird von dem Bon abgeschnitten. Die Gefangenen können soviel Geld ausgeben, wie sie wollen und wieviel sie besitzen. Geschäftstüchtig, wie sie sind, haben die Nonnen diesen Handel in Schwung gebracht. Sie verdienen sicher nicht schlecht, denn sie sind nicht billiger als die Ladengeschäfte und kaufen für „die armen Gefangenen" natürlich billiger bei den Fabrikanten.

Die Besichtigung ist zu Ende. Ich stehe wieder auf der Gasse. Meine Herde Gassenjungen hat getreulich auf mich gewartet. Im Triumph geleiten sie mich zum Bahnhof.



Das erste Bild vom Riesenbrand auf Coney Island

Mächtige Rauchschwaden steigen aus den brennenden Anlagen empor.

New Yorks Badestrand und Rummelplatz, Coney Island, wurde am 13. Juli von einer Feuersbrunst zerstört. Der Schaden beträgt vi ele Millionen.

Ueber die Freiheit der Presse

Von Karl Marx.

Kein Mensch bekämpft die Freiheit; er bekämpft höchstens die Freiheit der anderen. Jede Art der Freiheit hat daher immer existiert, nur einmal als besonderes Vorrecht, das andere Mal als allgemeines Recht.

Die Frage hat erst jetzt einen konsequenten Sinn erhalten. Es fragt sich nicht, ob die Pressefreiheit existieren solle, denn sie existiert immer. Es fragt sich, ob die Pressefreiheit das Privilegium einzelner Menschen oder ob sie das Privilegium des menschlichen Geistes ist? Es fragt sich, ob das Unrecht der einen Seite sein soll, was das Recht der anderen ist? Er fragt sich, ob die „Freiheit des Geistes" mehr Recht hat als „die Freiheiten gegen den Geist"?

Wenn man von zwei Arten der Presse sprechen will, so müssen diese Unterschiede aus dem Wesen der Presse selbst, nicht aus Rücksichten, die außerhalb ihrer liegen, genommen sein. Zensierte Presse oder freie Presse, eine von beiden, muß die gute oder die schlechte Presse sein. Eben darüber wird ja debattiert, ob die zensierte Presse oder die freie Presse gut oder schlecht sind, d. h. ob es dem Wesen der Presse entspricht, eine freie oder unfreie Existenz zu haben. Die schlechte Presse zur Widerlegung der freien Presse machen, ist behaupten, daß die freie Presse schlecht und die zensierte Presse gut sei, was eben zu beweisen war.

Das Wesen der freien Presse ist das charaktervolle, vernünftige, sittliche Wesen der Freiheit. Der Charakter der zensierten Presse ist das charakterlose Unwesen der Unfreiheit, sie ist ein zivilisiertes Ungeheuer, eine parfümierte Mißgeburt. Wir haben gezeigt, wie das Preßgesetz ein Recht und das Zensurgesetz ein Unrecht ist. Die Zensur gesteht aber selbst, daß sie kein Selbstzweck, daß sie nichts an und für sich Gutes sei, daß sie also auf dem Prinzip beruht: „Der Zweck heiligt die Mittel." Aber ein Zweck, der unheiliger Mittel bedarf, ist kein heiliger Zweck, und könnte nicht auch die Presse den Grundsatz adoptieren und pochen: „Der Zweck heiligt die Mittel?"

Meint es aber die Zensur ehrlich, so will sie die Willkür verhüten und macht die Willkür zum Gesetz. Sie kann keiner Gefahr vorbeugen, die größer wäre als sie selbst. Die Lebensgefahr für jedes Wesen besteht darin, sich selbst zu verlieren. Die Unfreiheit ist daher die eigentliche Todesgefahr für den Menschen. Einstweilen, von den sittlichen Konsequenzen abgesehen, so bedenkt, daß ihr die Vorzüge der freien Presse nicht genießen könnt, ohne ihre Unbequemlichkeiten zu tolerieren. Ihr könnt die Rose nicht pflücken ohne ihre Dornen! Und was verliert ihr an der freien Presse? Die freie Presse ist das überall offene Auge des Volksgeistes, das verkörperte Vertrauen eines Volkes zu sich selbst, das sprechende Band, das den einzelnen mit dem Staat und der Welt verknüpft, die inkorporierte Kultur, welche die materiellen Kämpfe zu geistigen Kämpfen verklärt und ihre rohe stoffliche Gestalt idealisiert. Sie ist die rücksichtslose Beichte eines Volkes vor sich selbst, und bekanntlich ist die Kraft des Bekenntnisses erlösend. Sie ist der geistige Spiegel, in dem ein Volk sich selbst erblickt, und Selbstbeschauung ist die erste Bedingung der Weisheit. Sie ist der Staatsgeist, der sich in jeder Hütte kolportieren läßt, wohlfeiler als materielles Gas. Sie ist allseitig, allgegenwärtig, allwissend. Sie ist die ideale Welt, die stets aus der wirklichen quillt und, ein immer reicherer Geist, neu beseelend in sie zurückströmt.



Vom Sängerbundesfest in Frankfurt a. M.

Die Ankunft des Bundesbanners vor dem Römer.

In Frankfurt a. M. begann das 11. Deutsche Sängerbundesfest mit dem feierlichen Einzug des Bundesbannes in den Römer, der historischen Stätte der Mainstadt. 50 000 Sänger aus allen deutschen Gauen, aber auch aus Ländern jenseits der Reichsgrenze, in denen Deutsche wohnen, kamen zu dieser gewaltigen Heerschau des deutschen Gesanges zusammen.

Ungleiches Scheidungsrecht

Bei uns in Deutschland sind nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch die Vorschriften für die Ehescheidung für Mann und Frau die gleichen. Das ist nicht in allen Ländern der Fall. Besonders gilt das für die Bestimmungen über den Ehebruch, der in manchen Ländern bei dem Manne milder beurteilt wird als bei der Frau. So ist in Belgien ein Ehebruch der Frau unbedingt ein Scheidungsgrund, ein Ehebruch des Mannes dagegen nur, wenn der Mann die andere Frau, mit der er den Ehebruch begeht, in die gemeinsame eheliche Wohnung aufnimmt. In Britisch-Indien ist ebenso bei Christen der Ehebruch der Frau immer ein Scheidungsgrund, der des Ehemannes aber nur, wenn Blutschande vorliegt. Nach mohammedanischem Rechte kann der Ehemann seine Frau verstoßen und dadurch die Ehe auflösen. Die Frau kann sie mit Zustimmung ihres Gatten

nur auflösen. Wenn jedoch der Ehemann vom mohammedanischen Glauben abfällt, so tritt auch ohne seine Zustimmung eine Lösung der Ehe ein. Aehnlich wie das mohammedanische ist das chinesische Recht, das ebenfalls dem Manne die Verstoßung der Frau zugesteht und dafür sieben Verstoßungsgründe aufführt. Zwei dieser Gründe muten etwas humoristisch an. Der chinesische Ehemann kann die Frau verstoßen, wenn sie zu viel spricht und wenn sie stiehlt. Es gibt aber einige Fälle, in denen die Frau gegen dieses Verstoßungsrecht geschützt ist; wenn sie keine Angehörigen hat, zu denen sie sich begeben kann, oder wenn sie drei Jahre lang mit dem Ehemann und dessen Eltern Trauer getragen hat, auch wenn die Eheleute zuerst arm und von niedrigem Stande gewesen und dann reich und angesehen geworden sind.

Sehr erschwert ist die Scheidung (wenn auch gleichartig für beide Teile) in Irland, wo nur das Parlament berechtigt ist, eine Scheidung auszusprechen. (Das hängt vielleicht mit der Unauflöslichkeit der Ehe nach den kirchlichen Vorschriften des Katholizismus zusammen.) Der deutsche Reichstag hätte wohl viel zu tun, wenn er in jedem Scheidungsfalle angerufen werden müßte. In Quebeck in Kanada muß die Form der Aussprechung der Scheidung die des Erlasses eines besonderen Gesetzes sein. Uebrigens ist auch in Mexiko die Frau ungünstiger als der Mann in bezug auf den Ehebruch gestellt, da bei der Frau jeder von ihr begangene Ehebruch einen Scheidungsgrund abgibt, beim Manne jedoch nur der sogenannte erschwerte Ehebruch. Diese ungleichen Bestimmungen hängen damit zusammen, daß die Frau im primitiven Rechte Eigentum des Mannes war, über das er mehr oder weniger eigenmächtig verfügen konnte. Bekannt ist ja, daß bei vielen Völkern, auch bei den alten Germanen, die sogenannte „Kaufehe" bestand, in der der Mann die Frau von ihren Angehörigen käuflich erwarb.

Henni Lehmann.

Vermischte Nachrichten

Amor und die neue Sachlichkeit.

Die neue Sachlichkeit, die alle Gefühlsseligkeit verdammt, hat gar manche alten Götter entthront. Mit kühlem Verstand, ohne alle Sentimentalität, rein sachlich will sie alles geregelt wissen. Sie will der Stil unserer Zeit sein. Auch in die Beziehungen der Menschen untereinander hat sie einzudringen vermocht. Nur einen Gott hat sie nicht stürzen können, den kleinen, neckischen Burschen mit Köcher und Flitzbogen: Amor, den Liebesgott. Er pfeift auf die neue Sachlichkeit und geht seinem Gewerbe nach wie ehedem. Romantik ist und bleibt bei ihm Trumpf. Wen sein Pfeil trifft, den treibt's genau so zu „Ihr" oder zu „Ihm" wie einst, als die Romantik noch in Mode war. Und Briefe werden geschrieben voll glühender Beteuerungen ewiger Liebe; Schwüre und Küsse werden immer wieder getauscht, trotz neuer Sachlichkeit. Es ist noch genauso, wie Heinrich Heine vor mehr als hundert Jahren sang:

Im wunderschönen Monat Mai,
Als alle Vögel sangen,
Da hab' ich ihr gestanden
Mein Sehnen und Verlangen.

Und die Stadtverwaltungen haben Verständnis für all das Sehnen und Verlangen, das jetzt die jungen Herzen erfüllt. Deshalb ließen sie auch in den städtischen Grünanlagen die Bänke, soweit sie während des Winters eingezogen waren, wieder aufstellen, manche dicht bei einer Gaslaterne, andere aber auch weitab davon in lauschige Ecken, wohin in später Abendstunde kein Lichtschein dringt. Und gerade die abseits stehenden sind bevorzugt, — aber nicht wegen der neuen Sachlichkeit.

Tagsüber, wenn die Sonne durch das junge Grün leuchtet, sitzen Männer und Frauen mit grauen und weißen Haaren auf den Bänken, plaudern von alten Zeiten und bereden das, was heute ist. Oder Arbeitslose halten hier Diskussionen ab, was wohl werden wird und wann die Reichsregierung sich endlich mal entschließt, ernstlich daran zu gehen, ein Arbeitsbeschaffungsprogramm durchzuführen.

Doch am Abend sind die Grünanlagen der Städte völlig verwandelt. Junge Paare treffen sich hier und schlendern die sandbestreuten Wege entlang. Zunächst nebeneinander her gehend. Dann fassen sie sich an den Fingerspitzen, und schließlich sieht man sie Arm in Arm oder auch eng umschlungen, die Arme umeinandergelegt, sich in die Anlagen verlieren. Und auf den Bänken, die Platz für sechs Personen bieten, sitzen immer nur zwei, „Er" und „Sie" und haben sich gar viel zu sagen...

Zuweilen aber gibt's auch arges Herzweh wenn die Liebe nur sehr einerseits ist, wenn er „Sie" liebt, und „Sie" einen anderen mag. Da hilft keine neue Sachlichkeit.

„Es ist die alte Geschichte, doch bleibt sie immer neu;
Und wem sie just passiert, dem bricht das Herz entzwei."

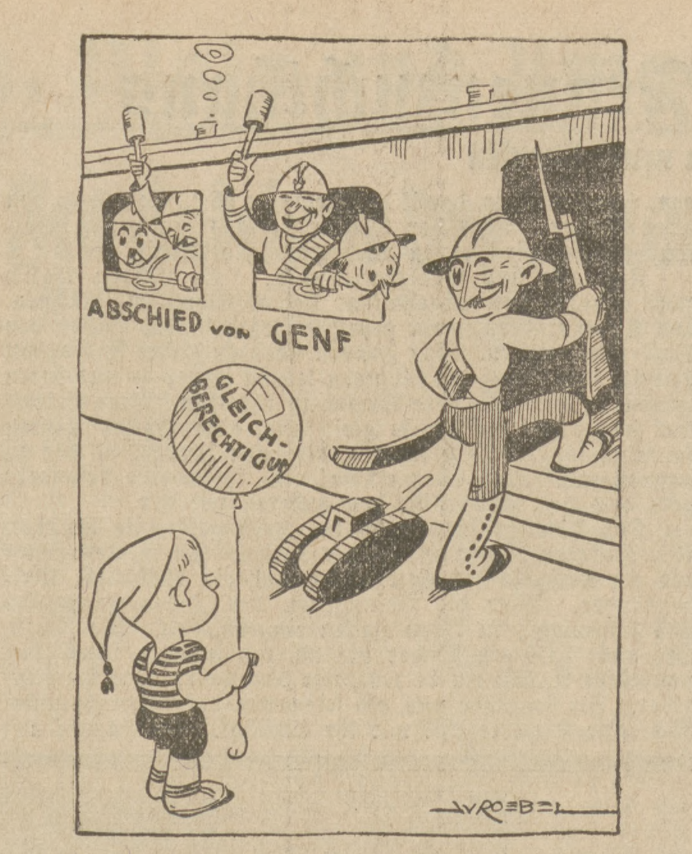
*

Nationalfatzken.

In seiner Freude über die Einigung in Lausanne hat der französische Ministerpräsident einer deutschen Journalistin, die ihm über den Weg lief, einen Kuß gegeben! Entsetzlich! „Schändung der deutschen Frau", „Brandmal, das wieder abgewischt werden muß", schreit es in der Nazipresse, und im Organ des Stahlhelms schreibt ein Generalleutnant Waechter: „Sicher ist diese Journalistin nur eine der deutschen Sprache mächtige, aber niemals eine „deutsche" Frau gewesen!"

Wie die Herren so „national" sind und entrüstet tun, wenn es sich um eine deutsche Frau handelt, die einmal von einem Ausländer einen Kuß bekommt. Wieviel deutsche Herren und Offizierskollegen des Herrn Generalleutnants während des Krieges Küsse an ausländische Frauen, Französinnen, Polinnen, Serbinnen und selbst an Araberfrauen verteilt haben, darüber ist wohl der Herr Exkronprinz und Hitlerfreund der beste Sachverständige. Auch zahllose deutsche Prinzessinnen, die ausländische Prinzen geheiratet haben, sind sachverständig. Nicht zuletzt: Prinz Auwi, Naziabgeordneter des preußischen Landtages, dessen Großmutter eine leibhaftige Ausländerin war. Wehe aber, wenn eine gewöhnliche Sterbliche aus Deutschland . . . — da schäumt das Naziherz!

Idioten und Heuchler! Das ist das einzige Wort, das man diesen Nazibetrügern zurufen kann.



Der Schluß der Abrüstungskonferenz

Die einen haben ihre Rüstungen — dem Deutschen macht man Versprechungen.

21 Anwesen durch Großfeuer vernichte

Passau. Am Sonntag früh gegen 1 Uhr brach in dem unmittelbar an der österreichisch-bayrischen Grenze gelegenen Pollerschlag in zwei Anwesen gleichzeitig Feuer aus, das sehr rasch um sich griff. Es brannten 21 größere und kleinere landwirtschaftliche und geschäftliche Anwesen und alle Nebengebäude vollständig nieder. Auch Vieh ist in den Flammen umgekommen. Vier Motorspritzen und mehrere Feuerwehren aus Oesterreich und Bayern beteiligten sich an den Löscharbeiten. Drei Personen erlitten Brandwunden oder Rauchvergiftungen und mußten in das Krankenhaus Wegscheid eingeliefert werden. Man nimmt Brandstiftung an.

Rundfunk

Kattowitz und Warschau.

Dienstag, den 26. Juli. 12,20: Schallplatten. 15,30: Etwas vom Fliegen. 15,35: Kommunikate. 15,40: Schallplatten. 16,20: Technischer Briefkasten. 16,40: Vortrag. 17: Konzert. 18: Vortrag. 18,20: Tanzmusik. 19,15: Verschiedenes. 19,30: Sport und Presse. 19,45: Feuilleton. 20: Konzert. 20,45: Literatur. 21,50: Presse. 22,05: Schallplatten.

Gleiwitz Welle 252. Breslau Welle 325.

Dienstag, den 26. Juli. 6,20: Konzert. 11,30: Für den Landwirt. 11,50: Konzert. 15,45: Das Buch des Tages. 16: Kinderfunk. 16,30: Lieder der Arbeit. 17: Konzert. 17,30: Landw. Preisbericht und Stunde der Frau. 17,50: Das wird Sie interessieren. 18,10: Amanda Sonnenfels zum 70. Geburtstag. 18,30: Sozilianische Volksbräuche. 19: Aus Berlin: Reden zur Reichstagswahl. 20: Tanzabend. 21: Wetter und Abendberichte. 21,10: Elga (Hörspiel). 22,10: Zeit, Wetter, Presse, Sport. 22,35: Die deutschen Schwimmer in Los Angeles. 22,50: Abendkonzert.

Versammlungskalender

D. S. A. P. und Arbeiterwohlfahrt.

Nikolai. (Vorstandssitzung der D. S. A. P) Am Dienstag, den 26. Juli, nachmittags 4½ Uhr bei Borutzki dringende Vorstandssitzung. Vollzähliges Erscheinen unbedingt erforderlich. Die Parteileitung wird bestimmt vertreten sein.

Arbeiter-Sängerbund.

Die angeschlossenen Bundesvereine rüsten zum Bundestreffen am Sonntag, den 31. Juli in Emanuelssegen. Das Programm wird in der nächsten Woche bekanntgegeben.

Touristenverein „Die Naturfreunde".

Wanderprogramm für den Monat Juli 1932.

31. Juli: Preißwitz. Abmarsch früh 4 Uhr vom Volkshaus. Vorgesehen ist Rückfahrt ab Nowa-Wies. Nähere Einzelheiten hierzu werden bei den Unterhaltungsabenden besprochen.

Freie Radfahrer Königshütte!

Ausfahrten im Monat Juli 1932.

Sonntag, den 31. Juli: Fahrt nach Deutsch-Oberschlesien. Alle Abfahrten erfolgen um 6 Uhr früh, vom Volkshaus.

Königshütte. (Achtung, Eltern der Nettelnburgfahrer!) Am Dienstag, d. 26. d. Mts., abends 6 Uhr, findet in der Nähstube im Volkshaus eine wichtige Besprechung statt. Alle Eltern der dorthin fahrenden Kinder, werden gebeten, zu erscheinen.

Königshütte. (Freie Turner.) Am Montag, den 25. Juli, abends 6 Uhr, findet unsere Vorstandssitzung statt. Die einzelnen Vorstandsmitglieder werden gebeten, pünktlich zu erscheinen, da wichtige Angelegenheiten erledigt werden müssen.

Siemianowitz. Am Donnerstag, den 28. Juli d. Js., nachm. 4 Uhr, findet bei Kozdon Siemianowitz, eine Frauenversammlung statt. Referent: Genosse Dr. Adamus.

Schriftleitung: Johann Kowoll; für den gesamten Inhalt und Inserate verantwortlich: Karl Pielorz, Murcki. Verlag und Druck: „VITA", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Kościuszki 29.